

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

5. Jahrgang, Nummer 6

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Juni 1957

INHALT

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG HEUTE

von Gerhard Schröder S. 1

EVANGELISCHER GLAUBE UND POLITISCHE VERANTWORTUNG

von Walter Strauß S. 2

DIE 6. BUNDESTAGUNG DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES S. 2

TOLERANZ AUS GLAUBEN

von Volkmar Herntrich S. 3

RECHTSSTAAT ODER VERSORGUNGSSTAAT

von Eugen Gerstenmaier S. 6

VERANTWORTUNG UND GEWISSEN IM ATOMZEITALTER

von Helmut Thielicke S. 8

DAS HAMBURGER MANIFEST S. 10

POLITIK AUS GEFÜHLSÜBERSCHWANG?

von Pascual Jordan S. 11

ZUM THEMA: GLEITENDE ARBEITSWOCHE

von Klaus von Bismarck S. 14

UNS WIRD GESCHRIEBEN S. 16

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG HEUTE

Unsere 6. Bundestagung in Kassel folgt dem Hamburger Parteitag dichtauf. Von unserer letzten Tagung in Berlin trennen uns nur acht Monate. Wir haben damals die „Herausforderungen unserer Zeit“ behandelt. Wenn wir jetzt das Thema „Evangelische Verantwortung heute“ als Leitmotiv herausstellen, so hat das drei Monate vor der entscheidenden Bundestagswahl eine besondere Bedeutung. Wir erleben es täglich, wie sehr die großen politischen Fragen, die die Wahlentscheidung des 15. September beherrschen, gerade im evangelischen Bereich umstritten und verzerrt sind und wie sehr es hier weiterer Klärung, Aufklärung und Festigung bedarf. Es wird uns nicht darum gehen, uns gegenseitig oder die deutsche Öffentlichkeit insgesamt davon zu überzeugen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU/CSU in den vergangenen Jahren unbestreitbar erfolgreich gewesen ist und daß auch die bevorstehende zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft alle Aussicht bietet, den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ein gutes Stück weiterzu-

führen. In Kassel werden auch nicht die Außen- und Wehrpolitik das Feld beherrschen. Hier wird es aber darum gehen, einen Beitrag zur inneren Sicherheit der deutschen Politik in dieser Zeit zu leisten. Diese innere Sicherheit verlangt eine klare und durchaus überzeitliche Kompaßstellung. Darüber soll und muß in Kassel gesprochen werden. Gewinnung innerer Sicherheit ist ein Beitrag zur deutschen Politik, insbesondere zur Politik der CDU/CSU, der von uns erwartet wird und den wir der Gesamtheit schuldig sind. In diesem Sinne werden wir über die „geschichtlichen Kräfte des deutschen Protestantismus und unseren politischen Auftrag“, die „Krise der Autorität“ und die „verantwortliche Gesellschaft“ sprechen. Dazu ergeht hiermit eine herzliche Einladung nach Kassel!

Dr. Gerhard Schröder

Bundesminister des Innern

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

EVANGELISCHER GLAUBE UND POLITISCHE VERANTWORTUNG

In der Präambel des Grundgesetzes hat das deutsche Volk die Neuformung seines staatlichen Lebens in das „Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott“ gestellt.

Die Freiheit eines Christenmenschen als Freiheit für Gott und für den Nächsten ist dem Christen die Voraussetzung dafür, daß die politische Freiheit richtig ausgeübt wird und daß die Personhaftigkeit des Menschen als Ebenbild Gottes im staatlichen Bereich unangetastet bleibt.

Amt der Obrigkeit im Sinne Luthers ist, für den Schutz des Volkes nach innen und außen Verantwortung zu tragen. Unsere Lage heute, in einer Welt der

Unruhe und Spannung, weist uns darauf hin, daß wir uns um ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Autorität bemühen.

Staatliche Machtausübung birgt in unserer Zeit mehr denn je Versuchungen und Gefahren. Der richtige Gebrauch von der Macht erfordert, daß ihre Grenzen erkannt und eingehalten werden. Darin besteht Aufgabe und Verantwortung der Christen in der Politik. Sie ist nur zu erfüllen, Wenn wir eine reale innere Beziehung zwischen evangelischem Glauben und politischer Verantwortung bejahen und uns ihr verpflichten.

Dr. Walter Strauß

6. BUNDESTAGUNG DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES VOM 20. BIS 22. JUNI 1957 IN KASSEL

TAGUNGSPROGRAMM

Donnerstag, 20. Juni 1957

15.00 und 16.00 Uhr

Treffpunkt vor Parkhotel Hessenland (Tagungsbüro und Haupttagungsstätte)

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße (7 Minuten vom Hauptbahnhof)

Stadtrundfahrt und Besichtigung von Kassel-Wilhelmshöhe

Omnibusse werden durch die Tagungsleitung gestellt; geringe Kostenbeteiligung der Teilnehmer ist vorgesehen.

15.00 bis 16.30 Uhr

Parkhotel Hessenland, Hotelrestaurant

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

Pressekonferenz

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

(besondere Einladung)

17.00 bis 19.00 Uhr

Parkhotel Hessenland, Hotelrestaurant

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

Sitzung des Bundesarbeitskreises

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

(besondere Einladung)

20.00 Uhr

Parkhotel Hessenland, Festsaal

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

Zwangloses Beisammensein

der bereits anwesenden Tagungsteilnehmer
Möglichkeit zur Einnahme des Abendessens

Freitag, 21. Juni 1957

8.00 bis 8.45 Uhr

Karlskirche

Karlsplatz/hinter dem Rathaus

(3 Minuten von der Haupttagungsstätte)

Morgenandacht

Professor D. Dr. Friedrich Karl Schumann, Münster
9.30 bis 12.00 Uhr

Parkhotel Hessenland, Festsaal

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

Erste Plenarversammlung

Eröffnung und Leitung:

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Grußworte:

Dr. med. Wilhelm Rohrbach, Kassel

Vorsitzender des Kreisverbandes und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Kassel-Stadt

Landrat Walter Jansen, MdL, Schlüchtern

Vorsitzender des Evangelischen Landesarbeitskreises der CDU Hessen

Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Fay, Frankfurt/Main

Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Hessen

Erstes Hauptreferat:

„Die geschichtlichen Kräfte des deutschen Protestantismus und unser politischer Auftrag“

Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdL,
Wuppertal-Elberfeld

Zweites Hauptreferat:

„Krise der Autorität“

Professor Dr. Müller-Schwefe, Hamburg

Freitag, 21. Juni 1957

12.00 bis 14.30 Uhr

Mittagspause

14.30 bis 15.30 Uhr

Parkhotel Hessenland, Festsaal

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

Fortsetzung der ersten Plenarversammlung

Drittes Hauptreferat:

„Die verantwortliche Gesellschaft“

Professor Dr. Franz Böhm, MdB, Frankfurt/Main

16.00 bis 19.00 Uhr

Tagung der Arbeitsgruppen

Parkhotel Hessenland, Festsaal

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

I. Arbeitsgruppe:

„Die geschichtlichen Kräfte des deutschen Protestantismus und unser politischer Auftrag“

Leitung: Staatssekretär Dr. Walter Strauß, Bonn

Parkhotel Hessenland, Hotelrestaurant

Obere Königsstraße/Ecke Friedrichsstraße

II. Arbeitsgruppe:

„Krise der Autorität“

Leitung: Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel, Kiel
Ratskeller/im Rathaus

Obere Königsstraße

III. Arbeitsgruppe:

„Die verantwortliche Gesellschaft“

Leitung: Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth
Schwarzhaupt, MdB, Frankfurt (Main)

Sonnabend, 22. Juni 1957

8.00 bis 8.45 Uhr

Karlskirche

Karlsplatz/hinter dem Rathaus

(3 Minuten von der Haupttagungsstätte)

Morgenandacht

Propst Johannes Gess, Kassel

9.30 bis 12.00 Uhr

Tagungsräume wie am Vortage

Tagung der Arbeitsgruppen

Fortsetzung und Abschluß

12.00 bis 14.00 Uhr

Mittagspause

14.00 bis 16.00 Uhr

Zweite Plenarversammlung

Berichterstattung der Arbeitsgruppenleiter und
Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard
Schröder

16.30 Uhr

Schlußversammlung

Stadthalle

Friedrich Ebert-Straße/Huttenplatz

Omnibusse ab Parkhotel Hessenland werden
bereitgestellt.

Redner:

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB

Bundesminister des Auswärtigen Dr. Heinrich
v. Brentano

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Das Tagungsbüro befindet sich im Parkhotel Hessenland (bes. Eingang), Kassel, Obere Königsstraße 2, Ruf: 1 76 96 (Auskunft) und 1 76 97 (Tagungsleitung). Es ist ab Mittwoch, dem 19. Juni, während der gesamten Tagung von 8.00 bis 23.00 Uhr durchgehend besetzt.

Für alle weiteren Auskünfte steht unsere Geschäftsstelle in Bonn, Argelanderstraße 173, Ruf: 5 19 15/19, täglich zwischen 9.00 und 13.00, sowie 15.00 und 17.00 Uhr (außer Sonnabendnachmittag und Sonntag) zur Verfügung.

TOLERANZ AUS GLAUBEN

von Landesbischof D. Volkmar Hertrich

Wenn wir heute bei uns in Deutschland eine Rundfrage halten würden über den Wert der Toleranz, dann würde sich wahrscheinlich eine überwältigende Mehrheit für die Toleranz aussprechen. Es hat auf einen ersten oberflächlichen Blick den Anschein, als sei die Haltung der Toleranz Allgemeingut des modernen Menschen geworden. Ebenso sicher ist freilich, daß die wenigsten den zweiten Teil unseres Themas hinnehmen würden: Toleranz aus Glauben. Liegt hier nicht in der Tat eine Verlegenheit vor, ist nicht die Toleranz eher eine Einschränkung, eine Begrenzung des Glaubens? Heißt nicht Toleranz üben notwendig: die Wahrheit des Glaubens relativieren — etwa in dem Sinn der Lessingschen Fabel von den drei Ringen, nach der dann alle drei Weltreligionen gleich gültig sind, aber eben infolgedessen auch gleichgültig?

Für das allgemeine Denken klingt zugleich mit dem Wort Toleranz der Satz Friedrichs des Großen auf: „Hier muß jeder nach seiner façon selig werden.“ Wir würden uns als Christen gründlich täuschen, wenn wir meinten, daß wir hier nicht in der gleichen Verlegenheit seien; denn von diesem Denken ist das Bild des modernen Staates bestimmt, das Gesicht der Schule, das ganze Leben der Öffentlichkeit. Bis zu diesem Ziele hin scheint sich die Menschheit auf dem Wege

des Fortschritts vorentwickelt zu haben. Im Hintergrund steht eine Reihe historischer Urteile: Die Religionsgeschichte scheint das relative Recht der positiven Religionen erwiesen zu haben, sie hat die Menschheit gelehrt, die großen Zusammenhänge der Religionsgeschichte zu übersehen; aus dem Babel-Bibel-Streit der Jahrhundertwende ist wenigstens ein gewisser Zweifel an der absoluten Originalität der Bibel übriggeblieben und aus den beiden letzten Jahrzehnten jedenfalls die Frage, wie weit Religion rassisch, volkhaft bedingt ist. Im Hintergrund steht vielleicht für manche von uns jenes interessante Spiel der Gebildeten unter den Verächtern der Religion, die dazu neigen, eine Religion für um so wertvoller zu halten, je weiter sie geographisch von einem selbst entfernt ist. Toleranz ist in all diesem Verständnis nicht Wirkung des Glaubens, sondern Überwindung eines konfessionellen Glaubens.

Dabei müssen wir die besondere Situation Deutschlands mit sehen. Hier sind die beiden großen christlichen Konfessionen fast gleich stark. Hier ist es ganz deutlich, daß die Zukunft unseres Volkes in geistiger Hinsicht einfach davon abhängt, wie die beiden großen Konfessionen zusammenarbeiten, denn das christliche Abendland ist nicht der Bereich einer Konfes-

sion, sondern eben des Christentums. Im politischen Bereich wird sich z. B. kaum jemand danach sehnen, daß das katholische Zentrum zurückkehrt oder der evangelische Soziale Volksdienst. Wir sind uns klar, daß uns Zusammenarbeit aufgegeben und daß also Toleranz das Gebot der Stunde ist.

Aber was heißt Toleranz? Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß dieser Begriff kein christlicher Begriff ist, daß das, was durch diesen Begriff ausgedrückt wird, auch nicht ein Ergebnis der Reformation ist, so gewiß die Reformation dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Wenn man jedoch der Frage nach dem Aufkommen des Toleranzbegriffes nachgehen will, wird man zunächst an jenen gewaltigen geistesgeschichtlichen Vorgang denken, mit dem die Einheit des abendländischen Glaubens zerbrach. Seit dem Augsburger Religionsfrieden im Jahre 1555 gibt es in unserem Bereich nebeneinander lutherische und katholische Länder; während Luther selbst noch festgehalten hat an der Idee der Einheit, an der Idee des *corpus christianum*, wird nun der Satz bestimmend: „*Cuius regio, eius religio*“. Das heißt: Wer ein Land regiert, der bestimmt die Religion. Sicher — damals gab es das Recht der Auswanderung, und Grenzen wurden damals noch nicht abgeschnürt. Schließlich entsteht auch in dieser Situation allmählich das begrenzte Recht der Freiheit des Glaubens für die Untertanen. Aber wenn man diese geschichtliche Skizze entwirft, dann muß man sofort hinzusetzen, daß da im Hintergrund jene entscheidende Tat Luthers steht, die das Recht des einzelnen vor Gott begründet. Wo Gottes Wort Gewalt gewinnt, da ist der freie Raum bestimmt für das allein an Gottes Wort gebundene Gewissen. Da wird der Mensch gesehen in seinem einsamen Stand vor Gott selbst, da wird seine ganze Existenz neu erkannt von der Todesstunde her, in der keiner den anderen vertreten kann.

Wenn wir von den geschichtlichen Ansätzen der Toleranz in der Reformation sprechen, so müssen wir im gleichen Atemzug den Humanismus nennen, der den Menschen in seiner Individualität entdeckt und ehrt, der die persönliche Verantwortung des Menschen verkündet. Wir müssen von der Aufklärung reden und von ihrer Idee der natürlichen Religion, von der aus sich die sogenannten positiven Religionen erst entwickeln können, — von der Aufklärung, die den Weg in die Zukunft so sieht, daß die Menschheit der wahren Religion der Vernunft entgegengeht, deren Eckpfeiler Gott, Freiheit, Tugend und Unsterblichkeit sind. Die Aufklärung erkennt, daß der Mensch seine Freiheit erst da gewinnt, wo er sein Gewissen und die Gewalt des Gewissens erkennt.

Alle diese Einflüsse bestimmen den modernen Begriff der Toleranz. Aber wir würden doch bei weitem zu wenig sagen, wenn wir glaubten, daß das Wort von der Toleranz aus der Geschichte ausreichend bestimmt werden könnte. Es gibt da noch eine andere Toleranz — nicht aus Glauben, sondern aus Nihilismus, eine Toleranz, die die Religion nicht nur relativiert, sondern nivelliert bis zur völligen Einebnung, eine Toleranz der Ratlosigkeit, weil die Frage des Glaubens nicht nur mit Fehlanzeige beantwortet wird, sondern diese Frage eigentlich gar nicht mehr gestellt wird, eine Toleranz, für die das Problem der verschiedenen Offenbarungen Gottes deshalb kein Problem mehr ist, weil man überhaupt keine Offenbarung mehr glaubt. Wenn Gott tot ist, dann ist die Frage der Toleranz zwischen den Religionen ja nicht mehr von Bedeutung, weil die Religionen ihren Gegenstand verloren haben; dann ist der Toleranzbegriff ein fossiler Überrest der gestorbenen Religionen.

Hier wird etwas sichtbar, was schon im Toleranzgedanken der Aufklärung seinen Ansatz hat. Schon

damals toleriert man den andern Standort, weil man selber keinen Standort hat. Schon damals ist man tolerant aus Glaubenslosigkeit — so wie Menschen, die vom Ufer eines Flusses aus sehen, wie zwei Schiffe den Strom entlangfahren, und entschlossen sind, keines dieser Schiffe zu besteigen; so wie Menschen am Ufer eines zugefrorenen Sees, die sich interessant darüber unterhalten, ob die Eisdecke wohl hält, aber im Grunde längst entschlossen sind, selbst nicht den Versuch zu machen, ob das Eis trägt.

Hier ist die Schwäche bezeichnet, die erst in der Geschichte der Neuzeit ganz offenbar wurde; denn es ist ein geschichtliches Faktum, dessen Verarbeitung unserer Generation aufgetragen ist, daß die verweltlichte, die rein humane Toleranz, die Toleranz aus Unglauben zur furchtbarsten Intoleranz führen muß. Man kann das schon aus der Französischen Revolution, jenem grotesken Präludium des 20. Jahrhunderts, beweisen. Damals werden die Toleranz und zugleich die Menschenrechte verkündet, aber bald schafft man das Christentum ab, und die Guillotine ist der Handschuh der Toleranz. Der Nationalsozialismus forderte die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, und das war der Ausgangspunkt der furchtbarsten Unfreiheit, einer Intoleranz, wie man sie sich im 19. Jahrhundert wahrscheinlich nicht einmal in seiner Phantasie hätte ausmalen können. Der moderne Staat, der Weltanschauungsstaat, ist im Grundsatz intolerant. Man blickt freilich lächelnd auf die Zeit der Religionskriege und behauptet, daß diese Zeit abgelaufen sei, und zugleich wird in den Kellern der Geheimpolizei die Menschlichkeit mit Füßen getreten. Man verkündet die Toleranz, und diese Verkündung ist nichts anderes als eine Tarnung für die Wiedereinführung des Mittelalters, aber eines Mittelalters, dem sein Licht genommen wurde.

Ist uns mit solchen Beobachtungen und Bemerkungen der hohe Wert der Toleranz wie Sand zwischen den Fingern zerronnen? Nein — aber nur der kann tolerant sein, der einen Standort hat. Toleranz heißt ja eigentlich „tragen können“. Wie soll man tragen, wenn man keinen Boden unter den Füßen hat? Damit dürfen wir den zweiten Satz sagen: daß unser Jahrhundert die Toleranz aus Glauben fordert. Hier können wir nun allerdings nicht so tun, als wenn sich das Nachdenken über diese Frage abseits von dem großen geschichtlichen Geschehen vollziehen ließe, das uns allen ans Herz greift. Hier müssen wir, ob wir wollen oder nicht, von der apokalyptischen Bedrohung sprechen, die am Horizont unserer Zeit — und nicht mehr nur am Horizont — sichtbar geworden ist. Es ballen sich seit Jahrzehnten ungeheure geistige Mächte zusammen, und der Raum, in dem die Werte des Christentums gelten, auch die kulturellen Tochterwerte des Christentums, wird immer kleiner. Der Bereich des totalitären Weltanschauungsstaates breitet sich aus, und es könnte keinen größeren Irrtum geben, als zu meinen, daß die Zeit der Religionskriege vorbei sei. Was wir heute in lodernen Flammen am Horizont sehen, ist nichts anderes als Weltanschauungskrieg. Krieg gegen die Freiheit, Krieg im Namen des Systems. Wenn wir das aussprechen, dann müssen wir dabei bedenken, wie sich das Schwergewicht der weltgeschichtlichen Lage verändert hat, wie der Ferne Osten Zug um Zug den Platz Europas einnimmt und wie sich von da aus notwendigerweise die Frage ergibt, was dies alles für das Christentum — und das heißt doch: für das Klima unserer Welt — bedeutet.

Mitten darinnen steht die Frage auf, wer dem Menschen, dessen Macht ins Gigantische gewachsen ist, noch in den Arm zu fallen, wer der Gewalt der durch die Hand des Menschen bedienten Technik noch Einhalt zu bieten, wer dem mächtig erwachenden Nationalismus der jungen Völker noch zu begegnen vermag.

Das ist die Frage an die Christenheit, ist nicht nur die Existenzfrage einer Konfession, sondern der Christenheit überhaupt. Dietrich Bonhoeffer hat einmal die Beobachtung ausgesprochen, daß sich unter dem Druck der nationalsozialistischen Ideologie eine merkwürdige Solidarität zwischen dem Christentum und den von jener Ideologie verdammtten Werten ergeben habe, also zwischen dem Christentum und der Vernunft, der Bildung, der Humanität, der Toleranz und dergleichen. Alle diese Werte waren einmal gegenüber dem Christentum emanzipiert worden. Nun aber, in einer Zeit der Bedrohung und Verfolgung wandten sie sich wieder dem Glauben zu wie in einem intuitiven Empfinden, daß, wo das Christentum stirbt, auch die Kräfte der Humanität sterben und daß Entchristlichung immer auch Entplatonisierung und Enthumanisierung heißt. Damals ist gemeinsam gekämpft und ohne Unterschied der Konfession gemeinsam in den Konzentrationslagern und draußen an der Front das Abendmahl gefeiert worden. Damals ist ein Zeichen für die Toleranz aus Glauben aufgeleuchtet, und aus dieser Aussaat ist die Zusammenarbeit der Konfessionen nach 1945 geworden.

Wenn wir von diesem Erbe und seiner Verpflichtung sprechen, müssen wir freilich noch genauer sagen, was das heißt: Toleranz aus Glauben. Jedenfalls nicht Standpunktlosigkeit und nicht „fünf gerade sein lassen“. Vielmehr muß, wer das Gut dieser Toleranz ergreifen will, sehr in die Tiefe graben. Toleranz aus Glauben, aus christlichem Glauben, hat es zuerst mit einem ganz klaren und wichtigen Sachverhalt zu tun, nämlich mit dem Sachverhalt, daß der christliche Glaube in der Geschichte gründet. Keinen Augenblick brauchen wir uns mit der Frage aufzuhalten, ob Jesus je gelebt hat. Geschichtlich ist seine Gestalt, geschichtlich der Anfang des Glaubens, geschichtlich die Gestalt der Kirche.

Es ist damit noch nicht das Ganze gesagt, aber es ist der punktuelle Charakter des Glaubens ausgesprochen. Und man kann das, worum es hier geht, am besten verdeutlichen, wenn man für einen Augenblick die äußerste andere Aussage einer pantheistischen Religion danebenhält, Goethes bekanntes Wort: „Gefühl ist alles, Name ist Schall und Rauch.“ Wir müssen als Christen dagegen sagen, Christentum heißt: Geschichte und Name, Zeit und Raum und Leiblichkeit. Christenglaube heißt: „Ohne mich könnt ihr nichts tun“, heißt: „Wer mich siehet, der siehet den Vater.“ Christenglaube lebt von dem, was am Anfang des Hebräerbriefes einmal so ausgedrückt ist: „Nachdem Gott vor Zeiten mannigfaltig und auf mancherlei Weise geredet hat, hat er zuletzt geredet in unsern Tagen durch den Sohn.“

Ist hier etwa die Intoleranz des Christentums begründet? Davon kann im Ernst keine Rede sein: Intoleranz gibt es im Blick auf eine menschliche und von Menschen durchzusetzende Weltanschauung und Idee. Die Anerkennung eines Geschichtsereignisses hat zunächst nichts mit Toleranz oder Intoleranz zu tun, sondern ist die gehorsame, wahrhaftige Anerkennung der Einmaligkeit eines geschichtlichen Faktums, so wie es Jesus selber gesagt hat: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben, niemand kommt zum Vater denn durch mich.“ Man kann über die Frage der Toleranz und Intoleranz überhaupt nicht sprechen, wenn man nicht bedenkt, daß der Christ einen Glauben glaubt, der in der Geschichte gründet. Dieses geschichtliche Ereignis ist das Siegel der grenzenlosen Liebe des Vaters. Nun könnte ich Seite für Seite die Worte Jesu und des Neuen Testaments zitieren, die dies aussagen, von jenem größten Evangelium im Evangelium an: „Also hat Gott die Welt geliebt“, „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde.“ Jetzt könnte ich reden von der Toleranz Jesu, mit der er den Schächer trägt und

die große Sünderin und die Jünger, die versagen, und Petrus, den ersten der Jünger, nach dem die großartigste Kirche der Christenheit überhaupt benannt ist. Gott trägt den Menschen mit Geduld und ruft deshalb auf, daß wir einander tragen sollen.

Wenn man das einmal begriffen hat — auf der einen Seite die Einmaligkeit, Nichtauswechselbarkeit der Geschichte Jesu und auf der anderen Seite die Proklamation der grenzenlosen Liebe Gottes, dann bekommen die Worte Toleranz und Intoleranz plötzlich ein ganz anderes Gewicht. Wenn man einmal erkannt hat, daß das Motiv des Christenglaubens Überschreitung der Grenzen von Rassen, Völkern, Nationalismen und Ständen bedeutet, daß das Christentum ein Angriff der Liebe ist auf die Welt, quer durch alle menschlichen Grenzziehungen, dann merkt man, daß hier das Wort Toleranz oder Intoleranz nicht ausreicht. Die so gegründete weltweite Kirche meint der Apostel im Epheserbrief, wenn er sagt: „Ein Leib und ein Geist, wie ihr auch berufen seid auf einerlei Hoffnung eurer Berufung; ein Herr, ein Glaube, eine Taufe; ein Gott und Vater unser aller, der da ist über euch allen und durch euch alle und in euch allen.“ Das ist das Zeugnis von der Einheit der Kirche, die einen Herrn hat, der die Weite der Welt trägt und auch jeden einzelnen. Man braucht nicht zu fürchten, daß wir mit solchen Sätzen darüber hinwegreden wollen, daß die Kirche dieses Herrn zertrennt ist. Es ist ja gerade umgekehrt: Erst wenn man begreift, daß Kirche heißt Leib Christi, ein Leib, corpus christi mysticum, wird die Frage unausweichlich, warum Jesu Leib zertrennt ist. Dann muß man viel lauter von Scham und Schande der Kirche reden. Solange man meint: das alles sei eine Frage der Soziologie oder der Rassenzugehörigkeit oder der Religionsgeschichte, solange ist man noch im Vorfeld. Es geht um das Eins-Sein mit Christus selbst, um die Gliedschaft an einem Leibe. Ob wir es von da aus verstehen, daß eine Kirche, in der die Frage nach der Einheit nicht brennt, keine Kirche ist; daß ein selbstgenügsamer Protestantismus oder Katholizismus kein Weg ist für eine Kirche, die das Wort Jesu im Herzen trägt, daß sie alle eins seien; daß erst dann, wenn wir die Einheit in der Tiefe erkennen, die brennende Wunde gespürt wird, der tiefe Schmerz, die unerhörte Aufgabe der Einheit, das Motiv, das uns nach vorn durchzubrechen heißt, auf daß wir mit Ihm eins werden? Toleranz ist also nicht Einebnung, sondern Vertiefung. Das heißt Toleranz aus Glauben.

Dies alles ist entscheidend für das Verhältnis der beiden großen Konfessionen. Unter diesem Aspekt sollte das Gespräch in der Christenheit zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche geführt werden, als ein Streit um die Tiefe der Wahrheit. In solchem Sinne sage ich ja zu dem Satz von Thomas von Aquin: „Es ist löblich, in den Dingen des Glaubens zu streiten“ — dann löblich, wenn es nicht um den menschlich-irdischen Vordergrund, sondern um die göttliche Tiefe geht. Und es ist löblicher, um die Wahrheit zu streiten, als um Uran oder Öl. Freilich ist es entscheidend, ob solcher Kampf in Geduld ausgetragen wird. An der Schwelle der Katastrophe von 1945 hat ein Christ gesagt: jetzt müßte Gott wieder eine Sintflut kommen lassen, aber eine noch größere als die erste, solch ein Gericht verdiene die Menschheit. Ich denke, daß wir gerade in unsern Tagen Gottes Zorn über den Menschen in einer ganz anderen, neuen Weise erkennen. Demgegenüber aber steht Jesu Wort von der großen Geduld: „Oh, ihr Kleingläubigen, du verkehrte Art, wie lange soll ich bei euch sein, wie lange soll ich euch tragen?“

Aus solcher Geduld heraus können wir zuallererst, wenn wir dem Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander nachgehen, sagen: Was wäre die evangelische Kirche ohne die katholische? Und auch umgekehrt:

Was wäre die katholische Kirche ohne die evangelische? Werden uns die Augen geöffnet für das, was in der Geschichte der 400 Jahre hinüber und herüber geschehen ist, als Mahnung und Weisung und Hilfe? Wird es uns deutlich, daß wir heute in Deutschland im Blick auf das Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander nicht von Mission sprechen können und daß Einzelkonversionen keine Lösung der Frage der beiden großen Kirchen sind? Viel wichtiger als eine Unsancta-Bewegung, die es auf Einzelkonversionen abstellt, ist der Glaube an das hohe Gut der Glaubenseinheit, die beide Kirchen zusammenhält.

Wenn das gesagt wird, dann werden wir als Evangelische auch einige dringliche Fragen an unsere katholischen Brüder richten müssen, Fragen im Blick auf Tatbestände, die diese Einheit der Kirche bedrohen. Da ist zunächst die Feststellung, daß in der katholischen Kirche der Glaube, daß die katholische Kirche die alleinigmachende Kirche Christi auf Erden sei, nicht aufgehört hat. Ich zitiere aus vielen Stimmen den Hirtenbrief des Erzbischofs von Bamberg, Dr. Schneider, vom Juli 1955: „Die katholische Kirche kann und wird bei aller Liebe zu den getrennten Brüdern und bei allem Entgegenkommen in Fragen der Wiedervereinigung die Wahrheit selbst niemals preisgeben, nämlich die allein wahre Kirche Christi zu sein.“ Wir werden nicht ablassen, unsere katholischen Brüder und Schwestern zu fragen, ob sie in unserer Zeit diesen Anspruch vor Gottes Angesicht durchhalten können.

Die zweite Frage ist die Frage nach der Unfehlbarkeit des päpstlichen Lehramtes. Und diese Frage wird in unseren Tagen an einer ganz bestimmten Stelle aktuell, nämlich im Blick auf die Dogmatisierung der Aufnahme Mariens in den Himmel. Es ist bezeichnend und bewegend, daß in der Bulle Munificentissimus Deus vom 1. November 1950 die Heilige Schrift an letzter Stelle der Grundlagen der Aussagen erscheint. So entsteht, um mit einem katholischen Theologen zu reden, ein Christentum der Jungfrau, in welchem sich Paulus nicht mehr zurechtfindet. Die beiden Kirchen sind seit der Verkündigung dieses Dogmas nicht mehr wie bisher durch die Heilige Schrift verbunden. Und was die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche am 5. November 1950 erklärt hat, muß hier wiederholt werden: „Die dem Evangelium widersprechende Dogmatisierung der Aufnahme

Mariens in den Himmel erfüllt uns schließlich mit besonderem Schmerz im Blick auf das Verhältnis der christlichen Kirchen zueinander. Durch den Kampf wider die gottfeindlichen Mächte, der in dieser dem Ende zueilenden Zeit in letzter Schärfe entbrannt ist, waren die christlichen Kirchen in einer Weise einander zugewandt, daß ihre Glieder das Gefühl der Fremdheit und der polemischen Erstarrung gegeneinander verloren und aufeinander zu hören und voneinander zu lernen bereit waren. Voraussetzung dieser Annäherung war die Anerkennung, daß das Zeugnis der Apostel die Grundlage der kirchlichen Lehre sein müsse. Durch die nun erfolgte Entscheidung der römisch-katholischen Kirche wurde diese Grundlage verlassen. Mit tiefer Sorge sehen wir voraus, welche Folgerungen sich aus dieser Preisgabe der Grundlage der Kirche ergeben müssen.“

Die dritte Frage, die wir der katholischen Kirche gegenüber stellen müssen, ist die Frage nach der Glaubenseinheit zwischen Staat und Kirche. Damit hängt alles zusammen, was über die Politisierung der Kirche gesagt werden muß. Wenn wir in diesem Zusammenhang die Zeichen von Spanien und Südamerika nennen, dann ist deutlich, woher unsere Sorgen rühren. Es ist für uns in Deutschland eine Frage von unerhörter Bedeutung, ob wir im Ernst meinen, daß die im Mittelalter verlorene Glaubenseinheit von Staat und Kirche restauriert werden könnte.

Dies alles muß um der Wahrheit und um der Glaubenseinheit willen gesagt werden. Und nun darf ich es noch einmal aussprechen: In einer Zeit des apokalyptischen Wetterleuchtens geht es nicht nur um Toleranz zwischen den Konfessionen, sondern um die gemeinsame Verantwortung des Christentums. Wir werden diese Verantwortung am besten, am überzeugendsten tragen, wenn ein jeder von uns zu seiner Kirche steht, wenn uns ein Glaube geschenkt wird aus jener Tiefe heraus, aus der wir zu sprechen versuchten, wenn wir nicht in liberalem „laissez faire“ zwischen den Kirchen tändeln, sondern entschieden und treu in einer Kirche leben.

Wir glauben die eine heilige christliche apostolische Kirche, wir glauben sie in der andern Kirche und bei uns. Wir bekennen uns zu dieser Kirche, die war, als das Christentum zu unsern Vätern kam und die sein und bleiben wird, bis der Herr kommt.

RECHTSSTAAT ODER VERSORGUNGSSTAAT

Von D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Bundestagspräsident Gerstenmaier hielt zur Eröffnung des VII. Bundesparteitages der CDU die Festrede, der wir den folgenden Text entnehmen.

Es ist unzweifelhaft, daß auch eine auf dem Gedanken der Freiheit stehende Wirtschaftspolitik sich nicht jeden Mißbrauch gefallen lassen und allen Auswüchsen tatenlos zusehen muß. Das Gesetz der Freiheit und das des Dschungels sind zweierlei. Dieser Bundestag muß noch das Kartellgesetz verabschieden, und eine von uns getragene Regierung braucht den Kampf gegen die Auswüchse vielleicht auch nicht nur mit Appellen an die Vernunft zu führen. Was immer dafür zu tun ist, um den Betrag redlicher Arbeit, vor allem auch das Sparbuch der kleinen Leute zu schützen, das muß von uns gewollt und getan werden.

Nicht bereit aber sind wir, uns in irgendeiner Weise von der Stimmungsmaße, von haltlosen Ansprüchen und der gegnerischen Propaganda beeinflussen zu lassen. Es ist eine unwidersprochene Feststellung, daß in der Bundesrepublik die Durchschnittslöhne

seit 1950 um 54 Prozent gestiegen sind, die Preise hingegen nur um 13 Prozent. Das heißt tatsächlich, wie es ein großes Blatt neulich mit Recht gesagt hat: „Die Kaufkraft unseres Arbeitslohnes hat sich in den letzten sechs Jahren um mehr als ein Drittel erhöht.“

Daß weder wir noch der von uns geführte Staat zaubern können, das haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder an uns selber erfahren, und das haben wir auch freimütig dem deutschen Volk gesagt. Wir sollten an dieser Übung auch in Zukunft festhalten, und wir sollten jedem, der den Eindruck erwecken möchte, als ob er über diese seltene Kunst verfüge, als eine höchst verdächtige Erscheinung dem Volke vorstellen. Hätten wir zaubern können, dann wären unsere Sozialleistungen schon am 15. September 1949, das heißt vom Tag der Regierungsübernahme durch Konrad Adenauer an, in dem heutigen Umfange erfolgt. Indessen weiß jedermann, der auch nur ein wenig darüber nachdenkt, daß die sozialen Leistungen

der Bundesrepublik Deutschland auf nichts anderes gegründet sind und gegründet werden können, als auf die wirtschaftliche Leistung seiner arbeitenden Menschen. Wir haben uns in unserer ganzen Sozialpolitik von dem Gedanken leiten lassen, daß es die Pflicht des Staates sei, so weit als irgend möglich gerade zu stehen für die gewaltigen Verluste, die der größere Teil unseres Volkes ohne persönliches Verschulden zu tragen hatte. Wir sind uns dessen bewußt, daß in vielen Fällen ein das Verlorene völlig ausreichender Ersatz auch beim besten Willen nicht zu erbringen ist. Der Verlust des gefallenen Familienvaters, des Sohnes oder des Bruders, läßt sich eben nicht in Geld und Rente ausgleichen. Die verlorene Heimat ist auch durch einen noch so redlichen Lastenausgleich nicht zu ersetzen, die Versehrtenrente ist in den allerwenigsten Fällen ein tatsächlicher Ersatz für die verlorene Gesundheit, und die verlorenen Ersparnisse und Vermögen können von den Alten und Kranken nicht noch einmal erworben werden. Aber gerade deshalb haben wir geglaubt, im Rahmen unserer Sozialpolitik das maximal Mögliche tun zu sollen und tun zu müssen. Das Ergebnis ist allerdings oft so einschneidend, daß die Kategorien der herkömmlichen Steuerpraxis gesprengt wurden und eine Art Umschichtung, ja Neuordnung der Besitzverhältnisse stattgefunden hat. Uns lag daran, diesen unvermeidlichen Vorgang nicht abrupt, revolutionär zu vollziehen, sondern schrittweise und ihn so einigermaßen tragbar zu machen für alle. Wir haben dabei nicht in allen Punkten und in jeder Einzelheit immer nur die vollendetste Lösung gefunden. Aber es kann nach meiner Überzeugung noch viel weniger ignoriert werden, daß wir mit unserer sozialen Gesetzgebung vom Lastenausgleich bis zur großen Rentenreform allmählich jene Bauflicht unseres Staates erreicht haben, die im Grundgesetz niedergelegt ist. Als ein freiheitlicher, sozialer Rechtsstaat will sich die Bundesrepublik verstanden wissen. Ein freiheitlicher, sozialer Rechtsstaat soll sie nach unserem Willen auch deshalb sein, weil wir sie auch in dieser Hinsicht als eine Ausgangsbasis für die zukünftige freiheitliche, soziale und gesellschaftspolitische Neugestaltung des ganzen deutschen Reiches verstehen möchten.

Mit der gewaltigen Steigerung unserer Sozialleistung muß zusammengehalten werden die Entwicklung des Bundeshaushaltes. Ich berühre damit ein nachdenklich ernstes Kapitel unserer allgemeinen Entwicklung. Das Volumen des Bundeshaushalts hat sich von 1950 bis 1956 um 215 Prozent vergrößert. Der Gesamthaushalt hat im Jahre 1950 16,3 Milliarden DM betragen, im Jahre 1956 35 Milliarden DM.

Gewiß ist diese Steigerung auch ein Ausdruck der steigenden Produktionskraft, der Steuerkraft und des Wohlstandes in unserem Staat. Wir können davon nicht sprechen, ohne daß wir dabei dem Bundesfinanzminister, unserem geplagten Freund Fritz Schäffer, danken. Er hat sich als ein tapferer, treuer Hüter unserer Währung erwiesen und er hat allein damit dem deutschen Volk einen unvergleichlich viel größeren Dienst erwiesen als die Popularitätshascher, deren Hauptfrage und -sorge in unserer Massendemokratie darin besteht, wie sie mit ihren Anträgen und Reden draußen „ankommen“. Nun, wenn auch nicht alles, was wir gemacht haben, gleich geglückt und gleich vollendet war, so ist es doch im ganzen zum Segen unseres Volkes geworden. Diese Feststellung verpflichtet uns, wie ich meine, aber auch, die Gefahren nicht zu übersehen, die unsere ganze innerstaatliche Entwicklung ernsthafter zu bedrohen beginnen. Die Christlich-Demokratische Union hat den Gedanken des Staatssubventionismus niemals grundsätzlich abgelehnt, weil sie etwas davon weiß, daß

sich ein moderner Sozialstaat mit einem einigermaßen ausgeglichenen Niveau nicht ohne das Hilfsmittel der staatlichen Subvention verwirklichen läßt. Wir haben den Grünen Plan unseres Freundes Lübke durchgesetzt, weil wir der Meinung sind, daß das deutsche Bauerntum weder nur ein bevorzugter Stand in den Stunden der Volksnot noch der zur Verzweiflung verdamnte Stand in den Zeiten industrieller Hochentwicklung sein dürfe. Uns ging es dabei auch um einen großangelegten materiellen Ausgleich. Aber noch wichtiger war uns dabei, Deutschland, dessen Schicksal es ist, ein hoch-industrialisierter Staat zu sein, nicht der radikalen Verstädterung auszuliefern. Der Grüne Plan ist nach unserem Willen auch ein Beitrag zur Erhaltung unserer Volksstruktur. Wir wollen in Deutschland keine industriestädtische Monokultur oder Monozivilisation, sondern wir wollen alles tun, um Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft in einem so ausgewogenen und gesunden Verhältnis zueinander zu erhalten, daß es unserem ganzen Volk zum Segen gereicht. Es ist weder Romantik noch Gefühlsduselei, wenn wir mit allem Nachdruck darum ringen, daß unser Volk nicht Schritt zu halten vermag mit der industriellen Weltentwicklung, sondern sich auch die Verbundenheit mit Landschaft und Boden, mit Kultur und Heimat bewahrt. Ich bringe damit nur ein Beispiel, warum wir vor unserem Leitbild vom Staat auch Subventionen zu vertreten wissen. Der Wille zur sozialen Gerechtigkeit verbindet sich dabei mit unserem Wunsch, alles zu tun, was für die Gesunderhaltung unseres Volkes in der Vielfalt seiner Stämme, Schichten und Berufe möglich und notwendig ist, weil wir abgesagte Gegner des Kollektivismus sind, weil die Christlichen Demokraten zwar keine Individualisten, aber durch und durch Politiker des Personalismus sein müssen, scheuen wir uns nicht, auch die Mittel des Staates dafür in Anspruch zu nehmen.

Aber damit stehen wir nun auch vor einer inneren Schicksalsfrage unserer eigenen Politik. Es ist sicher wahr, daß unsere Sozialgesetze auch heute noch Lücken aufweisen. Ich möchte jedenfalls nicht in Abrede stellen, daß dies und jenes noch nachgeholt und auf einen ausgewogenen Stand gebracht werden muß. Aber ich glaube doch, daß wir seit der Verabschiedung der Großen Rentenreform und der immer weiter betriebenen Verbesserung des Lastenausgleichs und der anderen großen Sozialgesetze allmählich, wie gesagt, die Grenze erreicht haben, die unsere Verfassung gezogen hat und die jedenfalls wir Christlichen Demokraten nicht nur deshalb einhalten müssen. In nicht wenigen Bereichen der Sozialgesetzgebung und der Sozialleistung stehen wir nach meinem Eindruck auf der äußersten Grenze, die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom haltlosen Gefälligkeitsstaat, ja vom Versorgungsstaat hochsozialistischer Prägung unterscheidet. Ich glaube, daß der Dritte Deutsche Bundestag entweder den freiheitlichen sozialen Rechtsstaat gegen diese Tendenzen des sozialistischen Versorgungsstaates erbittert verteidigen muß oder Hals über Kopf über die zugegeben unter Umständen schmale, aber scharfe Grenze stürzen wird, die den sozialen Rechtsstaat vom Versorgungsstaat scheidet.

Es gibt Symptome, die auch die Gutwilligsten von uns stutzig machen müssen. Wenn ich mir die Töne anhöre, mit denen einige Studentenorganisationen in diesen Wochen gegen den Staat aufgetreten sind, wenn ich mir die Debatte um das Ladenschlußgesetz noch einmal vergegenwärtige, oder wenn ich sehe, in welcher Ton- und Preislage es üblich geworden ist, den Staat in Bausch und Bogen für Forderungen ohne alle Rechtstitel in Anspruch zu nehmen, dann kann ich nur sagen: Christlich-Demokratische Union,

hic Rhodus hic salta! Vergessen oder ignoriert wird dabei, daß jeder Pfennig, der ohne zwingendes Recht oder hinreichende Rechtfertigung vom Staate gefordert wird, ein Anschlag auf das Eigentum des Nächsten ist! Oder sind wir schon so tief dem Massenwahn des Kollektivismus verfallen, daß uns gar nicht mehr bewußt wird, daß alles, was der Staat zu geben und zu vergeben hat, er anderen, doch gleichberechtigten Staatsbürgern wegnehmen muß? Solange wir nicht die Staatsfinanzen aus dem Stickstoffe der Luft gewinnen können, sondern sie auf dem Wege der Steuern, und das heißt, der harten Zwangsaufgabe, uns und unseren Mitbürgern abverlangen müssen, solange muß jede Forderung und jedes Verlangen an den Staat, das finanzielle Auswirkungen hat, doppelt und dreifach unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob es wirklich staatsnotwendig oder sozial vertretbar ist. Sozial heißt dabei nicht nur an den möglichen Empfänger denken, sondern auch an den, dem es weggenommen wird.

Wir Christlichen Demokraten können unter gar keinen Umständen mit einer anderen Grundeinstellung an diese Kardinalfrage der inneren Gestaltung unseres Staates weiterhandeln! Wir bejahen, ich sage das noch einmal, den sozialen Rechtsstaat und das heißt, die Verpflichtung des Staates, der sozialen Gerechtigkeit dienstbar zu sein. Wir haben das getan bis zur Konsequenz einer durchgreifenden Umschichtung und Neuordnung der Besitzverhältnisse, siehe Lastenausgleich! Aber wir lehnen strikt und mit allen Konsequenzen jenen sozialistischen Grundgedanken ab, der auch nach der vorsichtigen Formulierung der Reform-Sozialisten von heute darin besteht, „daß jeder, der Allgemeinheit

leistet, was in seinem Vermögen und in seiner Kraft steht, und daß jeder von dieser zurückerhält, was er braucht, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können“.

Ich habe diesen Satz schon einmal auf dem Stuttgarter Parteitag zitiert. Ich kann auch heute nicht auf ihn verzichten, denn in dieser Form allein ist der Marxismus in der Bundesrepublik heute noch eine Realität, ja eine ungewöhnlich große Gefahr. Je weniger kämpferisch, je humaner er in solchen und ähnlichen Formulierungen erscheint, desto gefährlicher ist er in der politischen Realität, desto verführerischer ist er für die Massen, desto wachsamer und entschiedener müssen wir ihm in unseren eigenen Reihen begegnen. Zu diesem so human aussehenden Konzept sagen wir mit größter Entschiedenheit Nein! Wir wollen, daß der Mensch so unabhängig als möglich auf den eigenen Füßen steht, denn nur insoweit steht und strebt er nach Freiheit. Unsere Pflicht und Aufgabe besteht darin, den einzelnen im Grundzusammenhang der kreatürlichen Ordnung der Familie zu schützen, seine Initiativekraft und seinen Wagemut zu stärken und den persönlichen Fleiß und Einsatz nicht mit der Konfiszierung seiner Erträge zu bestrafen. Unsere Aufgabe besteht gerade nicht darin, etwas zu tun, was immer mehr Menschen mit ihrer ganzen Existenz in die Abhängigkeit vom Staat und seiner organisatorischen Großmacht bringt. Zwischen uns Christlichen Demokraten und dem kollektivistischen Trend des modernen Massenstaates besteht nun einmal Todfeindschaft! Das muß gewußt, das muß auch gewollt werden.

VERANTWORTUNG UND GEWISSEN IM ATOMZEITALTER

Von Prof. D. Dr. Helmut Thielicke DD.

Das Folgende ist ein Ausschnitt aus dem grundsätzlichen Teil der großen Rede, die Prof. Thielicke auf dem Hamburger Parteitag gehalten hat.

Im Zeitalter der Atombombe zeigt sich eine durchgängige Verschränkung politischer und technischer Zwangsläufigkeiten. Diese Verschränkung beider Lebensgebiete ist eines der wesentlichen Charakteristika des sogenannten Atomzeitalters. Führende amerikanische Atomforscher konnten nach dem letzten Kriege (bis etwa 1949) ernstlich mit dem Gedanken umgehen, sich aus Gewissensgründen nicht an der Konstruktion einer Superbombe zu beteiligen und so etwas wie einen Streik der Atomforscher zu inszenieren. Sie meinten also, hier über einen unantastbaren Raum der Gewissensfreiheit zu verfügen und ihn hüten zu müssen. Diese Situation wurde mit einem Schlage anders, als Informationen darüber eintrafen, daß die Sowjetunion über spaltbares Material verfüge. Der Entschluß, unter den so veränderten Umständen dann doch der Konstruktion einer Superbombe zuzustimmen, war ein Probestfall von exemplarischem Rang: Man sah sich plötzlich vor die schockierende Tatsache gestellt, daß jede ethische Entscheidung gegenüber Atomwaffen eingezeichnet war in das politische Gesetz von Zug und Gegenzug. Die ethische Entscheidung lautete nämlich nun nicht mehr, ob man es verantworten könne, eine so elementare Zerstörungsgewalt wie diese Bombe auf den Plan zu rufen. In dieser abstrakten Form gestellt, wäre die Frage natürlich zu verneinen. Sondern sie lautete jetzt so: Kann ich es verantworten, mich rebussic stantibus, d. h. unter dieser neuen Konstellation von Bedingungen (wo die Sowjetunion jetzt ebenfalls über die Atombombe verfügt!), dem

Bau supernuklearer Waffen zu entziehen? Oder noch schärfer: Kann ich es verantworten, durch meine etwaige Weigerung nun den Sowjets die Atomübermacht zuzuspielen? Muß es nicht vielmehr jetzt meine Pflicht sein, wenigstens zu einer Atom-Äquivalenz beizutragen, um eine dem Frieden dienende Neutralisierung der Atomkräfte herbeizuführen und das eigene Land vor der Rolle zu bewahren, ein wehrloses Objekt der östlichen Willkür zu werden? Bedarf es nicht des Faustpfandes einer eigenen Waffe auch dann, wenn das nächste Ziel die Gründung einer internationalen Kontrollinstanz und die Initiative zu Abrüstungsverhandlungen sein muß?

Man kann sich vorstellen, welchen Schock dieser Wandel der ethischen Fragestellung — denn darum geht es! — bei den Atomforschern auslösen mußte. Hier tritt jedenfalls das Problem der politischen Ethik, um das es mir heute geht, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in Erscheinung: Ethische Entscheidungen werden nicht in einem luftleeren und tatsächlichen Räume gefällt, sondern sie werden unter dem Druck bestimmter Bedingungen und im Rahmen bestimmter Zwangsläufigkeiten gefällt.

Man darf deshalb nicht vergessen, daß selbst Einstein in seinem berühmten Briefe an Roosevelt, in dem er die Regierung der USA bat, sich aktiv des Uran-Problems anzunehmen, die gleiche Erfahrung durchlebt und durchlitten hat. Als er, der Pazifist und Vertreter des Humanitätsgedankens, Informationen über eine angebliche deutsche Atomrüstung empfangen hatte, verlagerte sich seine Entscheidung ebenfalls aus dem Medium einer abstrakten Grundsätzlichkeit in das Medium der Tatsachen. Und die Frage, die die Tatsachen an ihn stellten, lautete: Darf sich die Welt wehr-

los dem Terror einer nazistischen Atominitiative aussetzen?

Es ist leicht, radikale Forderungen zu erheben und das Pathos des Unbedingten zu kultivieren, wenn man selber nicht genötigt ist, verantwortlich zu handeln und verantwortliche Entscheidungen zu treffen, wenn man also nicht in jenem Raum, den die evangelische Theologie das „Reich zur Linken“ nennt, mit gegebenen Bedingungen konfrontiert ist, sondern wenn man in der Etappe des betrachtenden Kritikers verweilen und sich mit der Rolle begnügen darf, ein Zwischenrufer im Parkett der Geschichte zu sein. Die Probleme wandeln sich, wenn man — wie in unserem Falle Einstein — einen Augenblick als Acteur auf die Bühne treten muß, oder wenn man auf der Kommandobrücke der Geschichte zu stehen hat. Das müssen sich alle, die von außen her als ethische oder religiöse Mahner in das politische Geschäft hineinrufen, gesagt sein lassen. Ich meine damit nicht, daß sie aufhören sollten zu mahnen; aber sie dürfen ihre Mahnung und Kritik nicht — wie es seit 1945 nicht selten geschah — allzu billig erkaufen. Denn sie stehen nicht unter der Last jenes Wissens, das der Handelnde, der politisch Verantwortliche, erleidet, und das ihn nötigt, sich im Labyrinth der Tatsachen und unter dem Druck seiner Informationen zurechtzufinden. Mir liegt sehr viel daran, die schwere ethische Zwangslage dessen zu verdeutlichen, der ein politisches Mandat hat; mir liegt daran, ihn davor bewahren zu helfen, daß er Absolutheitsfanatiker und Utopisten zum Fraße vorgeworfen wird. Auch der Politiker quält sich doch mit seinem Gewissen, und der Ernst der Verantwortung kann die Züge eines Staatsmannes mit seinen Runen zeichnen. Es ist doch absurd, anzunehmen, daß nur der Nicht-Politiker, also der bloße Beobachter des Zeitgeschehens, über das Privileg verfügte, sich ein Gewissen leisten zu können. Das Wort Goethes, daß nur der Betrachtende ein Gewissen habe, während der Handelnde immer gewissenlos sei, macht aus einer drohenden Not des Handelnden eine Tugend und kann darum ebensowenig die Magna charta der Politik sein, wie Machiavelli ein Paradigma des Politikers ist. Bismarck hat jedenfalls seinen frommen Freunden, die ihn eines gewissenlosen Opportunismus zeigten, einmal sehr bitter zugerufen: Versucht ihr euch einmal in diesem Metier. Von Hinterpommern aus ist es leicht, Appelle zu starten. Ich halte mich für verpflichtet, diese Diskreditierung des Handelnden und die entsprechende Glorifizierung des Betrachtenden so nachdrücklich abzubauen, wie es mit Hilfe von Gründen nur möglich ist. Es ist freilich eine gewisse Tragik des Handelnden, daß er sein „Wissen“ um die Sachverhalte und damit auch seine eigentlichen Gewissensfragen gar nicht restlos mitteilen kann. Es gehört zu dem hohen Preis, den man für das Gut der Demokratie zahlen muß, daß der verantwortliche Staatsmann Sachverhalte, die unvermeidlicherweise nur innerhalb der Diplomatenfamilie besprochen werden können und der Diskretion bedürfen, seinem Publikum nicht mitteilen darf. Darum ist er prinzipiell und in jeder Demokratie benachteiligt gegenüber der Opposition, die sehr wohl weiß, daß die von der Regierung angegebenen Motivierungen gar nicht die wirklichen Gründe darstellen, der aber aus taktischen Gründen — und begreiflicherweise! — so tut, als ob sie das nicht wüßte, und dadurch einen Prestigegewinn erstrebt...

Das Wort des Herrn: „In der Welt habt ihr Angst“ ist ein Wort des äußersten Realismus. Die wirkliche Überwindung der Angst ist in einer anderen Dimension als der des Politischen zu suchen. Im Neuen Testament heißt es: Ändert euren Sinn, denn das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen. Heute heißt es: Ändert euren Sinn, vertragt euch und koexistiert, denn die Atom-

bombe ist nahe! Natürlich liegen beide Aussagen auf einer anderen Ebene. Diese Feststellung kann aber selbstverständlich nicht bedeuten, daß wir einen Fatalismus fröhnen und es mit dem Verse halten sollten: „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist.“ Auf das, was meiner Meinung nach sehr wohl zu ändern ist, komme ich gleich noch zu sprechen.

Wohl aber bedeutet diese Feststellung, daß wir uns vor allen doktrinären Alternativen hüten müssen. Darunter verstehe ich etwa die Alternative, wir hätten uns zu entscheiden zwischen einem konsequenten Pazifismus oder einer ebenso konsequenten Aufrüstung mit atomaren Waffen. Beides ist falsch. Die konsequente beiderseitige Aufrüstung, also der Wettlauf nach dem Höchstmaß atomarer Macht, stellt uns vor die Möglichkeit der Weltvernichtung. Aber auch der Pazifismus ist eine trügerische Lösung, und zwar sowohl in seiner rationalen wie in seiner ideologischen Gestalt. Der rationale Pazifismus vertritt die These — wenn ich mich eines Satzes von Weizsäckers bedienen darf —, „die Menschen müßten die Schrecken des Krieges nur vernünftig einsehen, dann würden sie schon mit Krieg und Kriegsrüstung aufhören“. Danach „wäre die Fortdauer der Kriegsgefahr nur der Verblendung der Politiker zuzuschreiben“. „Warum gibt es denn dann immer wieder verblendete Politiker? In Wirklichkeit sind die Kriege doch sichtbare Verdichtungen jener Konfliktstoffe, die in den irrationalen Tiefen des menschlichen Wesens ständig schwelen.“ Weil diese Konfliktstoffe rational nicht zu beherrschen sind, sondern weil die Vernunft selber in ihnen Partei und also in sie verstrickt ist, darum ist der rationale Pazifismus illusionär.

Aber auch der ideologische Pazifismus hat Unrecht. Unter ihm verstehe ich den Versuch — wie ihn Tolstoi etwa vertreten hat —, den neutestamentlichen Satz „Widerstrebt nicht dem Übel“ aus der Sphäre der persönlichen Ich-Du-Beziehung herauszunehmen und ihn zu einem Paragraphen der Weltverfassung zu machen, in seinem Namen also Polizei, Staatsanwalt, Militär und ähnliche Bremsen des Bösen abzuschaffen und es frei bis zur Erschöpfung ausrollen zu lassen. Dieser Versuch überträgt aber den Satz Christi in ein ihm fremdes Metier und läßt ihn absurd werden. Es kann zwar sehr wohl mein persönlicher Auftrag sein, einem anderen Menschen nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sondern im Ertragen seines Angriffes, also in der Setzung eines neuen Anfanges und in der Initiative der Liebe die Chance entstehen zu lassen, daß wie beide aus dem Teufelszirkel des Vergeltungsprinzips herauszufinden. Ich kann dieses Wagnis der Liebe aber nicht zum Prinzip der Weltordnung, und also der Politik, werden lassen. Denn in diesem Bereiche trage ich nicht nur die Verantwortung für mich selbst, sondern auch für die Ordnung als solche und außerdem für Menschen und Güter, die mir anvertraut sind. Hier würde ich durch ein bloßes Ertragen nur das Recht des Stärksten und des Zynischsten triumphieren lassen. Der biblische Gedanke, daß der Staat eine göttliche Ordnung sei und daß er mit Macht ausgerüstet sei, um zu wehren und zu schützen, ist die schärfste Antithese gegenüber diesem ideologischen Pazifismus.

Es geht also immer wieder um das gleiche Gesetz: Wir dürfen die Welt nicht anders sehen wollen, als sie ist. Und sie ist eben ein Zustand zwischen Sündenfall und Jüngstem Gericht. Wer sie zur Hölle macht — und das könnte ja durch eine ungesteuerte Atomrüstung geschehen — vergreift sich ebenso an diesem ihrem Wesen wie derjenige, der sie vorzeitig zu einem Himmel machen möchte, wie das der pazifistische Träumer tut. Der eine dient dem Götzen der Angst und der andere dem Götzen der Illusion.

DAS HAMBURGER MANIFEST

Vom VII. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union
am 15. Mai 1957 in Hamburg beschlossen.

1945 war Deutschland geschlagen, das staatliche und wirtschaftliche Leben erloschen.

1949, zur ersten freien Entscheidung aufgerufen, wählte die Bundesrepublik unter der Führung der Christlich-Demokratischen Union die Freundschaft mit der freien Welt, die Einigung Europas, den wirtschaftlichen Aufstieg durch die soziale Marktwirtschaft.

1953 war die Bundesrepublik Deutschland unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt. In der Wahl hat das deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union überzeugend bestätigt. Deutschlands Aufstieg konnte weitergeführt werden.

Heute, 1957, steht die Bundesrepublik frei und angesehen im Kreise der Völker, mit den Mächten der Freiheit verbündet, im Innern gekräftigt, mit einer blühenden Wirtschaft und einer gefestigten sozialen Ordnung. Den Kriegsgefangenen wurde das Tor zur Heimat geöffnet. Die Saar ist zu Deutschland zurückgekehrt.

Die Tüchtigkeit und der Fleiß des deutschen Volkes, die Beharrlichkeit und die Kraft seiner Regierung schufen das Ansehen des Staates, den Wohlstand der Bürger, den Aufstieg der geschlagenen Nation. Die Christlich-Demokratische Union ist Bürge für die Fortsetzung und Beständigkeit dieser Politik.

Stellvertretend für das ganze Deutschland ringt die Bundesrepublik um die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit.

Der 7. Bundesparteitag der Union wendet sich mit folgendem Manifest an das deutsche Volk:

1. Die Christlich-Demokratische Union will die Einheit des Vaterlandes, die Freiheit der Völker, den Frieden der Welt.

Sie fordert deshalb:

Die Vereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit, die Freilassung und Rückkehr aller im kommunistischen Machtbereich zu Unrecht inhaftierten und zurückgehaltenen Deutschen,

die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen,

die Sicherung der freien Welt durch die Stärkung des atlantischen Bündnisses und eine der Bedrohung entsprechende Verteidigung,

die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker Europas in Freiheit und Selbstbestimmung.

2. Die Christlich-Demokratische Union will die Freiheit des Bürgers, die Wahrung seiner Rechte, die Stärkung des Gemeinwesens.

Sie fordert deshalb:

Die Förderung der Selbstverantwortung der Bürger und die Verpflichtung aller Gruppen und Verbände auf das allgemeine Wohl.

Sie wendet sich gegen

das Wiederaufleben des Klassenkampfes und jeden Versuch, den konfessionellen Hader neu zu entfachen.

3. Die Christlich-Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten.

Sie fordert deshalb:

Die Fortsetzung und die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft;

die Stabilität von Währung und Preisen durch maßvolles Verhalten der Sozialpartner und der Verbände, durch sinnvolles Handeln des Staates;

die soziale Sicherheit und die innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie;

die Sicherung der Zukunft durch großzügige Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit, Forschung, Lehre und Erziehung.

Die Politik der Union dient dem Wohle aller Schichten unseres Volkes in Stadt und Land, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten, den Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen, den Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Kaufleuten, den Beamten und Soldaten, den Forschern, Erziehern und allein in freien Berufen Schaffenden.

Die Union ruft alle auf, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen. Sie warnt das deutsche Volk eindringlich vor leichtfertigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Experimenten. Nur Festigkeit und Beständigkeit führen zur Einheit Deutschlands und garantieren Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand des Vaterlandes.

POLITIK AUS GEFÜHLSÜBERSCHWANG?

von Professor Dr. Pascual Jordan

Unser in seinem Arbeitsalltag so nüchternes deutsches Volk hat die gefährliche Neigung, Entscheidungen von großer Tragweite, wenn sie einmal zu treffen sind, aus einem Gefühlsüberschwang heraus zu vollziehen; der jede sachliche Prüfung ausschalten möchte: Sachlichkeit, Nüchternheit, verstandesmäßige gründliche Erwägung gelten dann auf einmal als irgendwie stillwidrig oder unwürdig gegenüber der Größe der zu treffenden Entscheidung, die nun aus der Reinheit edler Stimmungen heraus geboren wird.

Wir stehen gegenwärtig wieder in einer solchen Situation: Das „Göttinger Manifest“ und der Aufruf Albert Schweitzers haben weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in einen Gefühlstaukel versetzt — die zum Manifest hernach gegebenen Erläuterungen Weizsäckers fordern uns ja dazu auf, der Welt ein Beispiel zu geben, ein Beispiel hoher ethischer Gesinnung, welches angeblich die ganze Welt verwandeln und die Menschheit vom Druck der Angst, von den Visionen möglicher künftiger Atomkriege wie durch ein Wunder befreien soll. Darf sich in einem so begeisternden Augenblick die Stimme der Vernunft, die rechnende Abwägung der Realitäten, überhaupt noch hören lassen?

Mehrfach in der deutschen Geschichte ist einem Tadel der Begeisterung ein schreckliches Erwachen gefolgt. Wer das Wort „Verantwortung“ so verstehen möchte, daß nicht nur aus schönen Gefühlen heraus gehandelt wird, sondern vielmehr unter gewissenhafter sachlicher Durchdenkung der sich aus diesem Handeln nach menschlicher Voraussicht ergebenden Folgen, der wird es als Teil seiner Verantwortung betrachten müssen, das „Göttinger Manifest“ und die darin dem deutschen Volk gegebenen Ratschläge zum Gegenstand sorgfältiger verstandesmäßiger Kritik zu machen. Das ist freilich eine Aufgabe, die einige Geduld erfordert, weil hier vielfältige Fragen zusammenlaufen.

Der eigentliche Inhalt des Manifestes liegt in zwei Sätzen: Einmal wird behauptet, gegen Atomangriffe gäbe es keinen Schutz für die betroffene Bevölkerung. Zum anderen wird behauptet, die Bundesrepublik sei am besten geschützt, wenn sie selbst keine Atomwaffen habe oder anschaffe. Den ersten dieser entscheidenden Sätze haben wenigstens drei der 18 Unterzeichner schon nach wenigen Tagen öffentlich widerrufen mit der Versicherung: Es gibt Atomschutz! Was aber die zweite Behauptung betrifft, so muß zunächst hervorgehoben werden, daß es sich hier um eine rein politische Behauptung handelt: Wenn wir sie in etwas ausführlichere Worte fassen wollen, so besagt sie, daß die Bundesrepublik, wenn sie „ein Beispiel gibt“, von der Sowjetmacht niemals militärisch angegriffen werden wird. Also eine Aussage über das zu erwartende Verhalten der Sowjetpolitiker.

Sind Behauptungen oder Meinungen unpolitischer Gelehrter über eine solche rein politische Frage durch irgendeine dahinterstehende sachliche Zuständigkeit und Urteilsfähigkeit gestützt? Das gutgläubige deutsche Volk hat eine Botschaft von 18 prominenten Forschern entgegengenommen in dem Gefühl: Hier sprechen 18 Männer, die Bescheid wissen — ihre ganze Lebensarbeit haben sie (mit überragendem Erfolg) dafür eingesetzt, international führende Vertreter ihres Fachgebietes zu werden; und nun sprechen sie mit Autorität über etwas, wofür sie die besten Sachverständigen sind.

Die kritische Besinnung muß jedoch die Tatsache verzeichnen, daß die 18 gerade über eine Frage gesprochen haben — ein Wort gesprochen haben, das durch ihr hohes fachwissenschaftliches Ansehen untermauert und garantiert worden ist —, für die sie keinerlei Zuständigkeit besitzen. Und da es sich um 18 Menschen handelt, die in ihrem ganzen Leben stets mit Betonung ihre unpolitische Einstellung hervorgehoben und jede Befassung mit Politik, sogar jede Entgegennahme politischer Information als unter ihrer Würde liegend abgelehnt haben, so bedeutet es keine Kränkung für diese hervorragenden Forscher, wenn wir noch deutlicher sagen: Sie haben zu einer Frage gesprochen, zu der sie auch keinerlei Urteilsvermögen besitzen. Denn um — mit Verantwortungsbewußtsein — darüber urteilen zu können, wie sich die Sowjetpolitiker unter bestimmten Bedingungen verhalten oder wie sie auf bestimmte unsererseits Maßnahmen reagieren werden, muß man nicht Atome, sondern muß man Sowjetpolitik studiert haben. Es sind also Experten ganz anderer Fächer nötig, soll zu dieser Frage ein sachverständiges Urteil abgegeben werden. Wenn selbstverständlich auch jeder demokratische Staatsbürger zu solchen Fragen seine eigene Meinung haben und äußern darf — als Atomphysiker ebensogut wie als Arbeiter oder als Straßenbahnschaffner —, so haben sich doch weite Kreise des deutschen Volkes selbst irregeführt, indem sie glaubten, hier über eine existenzentscheidende Schicksalsfrage etwas von solchen Männern gehört zu haben, die darüber besser zu urteilen vermöchten als 18 beliebig ausgewählte andere Staatsbürger.

Der optimistischen Ansicht, daß die Sowjetpolitiker — gerührt durch unser „Beispiel“ und ebenso gefühlvoll entscheidend wie deutsche Träumer — eine unbewaffnete (oder nur veraltet bewaffnete) Bundesrepublik niemals angreifen würden, will ich hier keine abweichende Ansicht entgegen stellen. Es wäre zwar vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus naheliegend, zu vermuten, daß die Sowjets eine sich ihnen schutzlos darbietende deutsche Bevölkerung (und deutsche Wirtschaft!) gern vereinnahmen und dann schleunigst zur Angriffsbasis gegen die neue Atommacht England ausbauen würden. Aber ich will hier nicht meine eigenen Ansichten vortragen, sondern fortfahren in der kritischen Analyse der Tatsachen — die Folgerungen dem Urteil des Lesers überlassend.

Schweitzer hat in seiner Rundfunksendung die These ausgesprochen, daß jede Spur von Radioaktivität bereits gesundheitsschädlich sei — und die Folgerung ist dann, daß die Erprobungsexperimente mit Atombomben angeblich schon große Gefahren für die Menschheit ergeben haben. Wir wollen auch dies zum Gegenstand einer verstandesmäßigen statt gefühlserregten Prüfung machen. Überall auf der Erde gibt es sowieso Radioaktivität, auch in der Natur, bei Nichtvorhandensein jeder Technik. Die Menschheit — die inmitten dieser Radioaktivität gar nicht existieren könnte, wenn Schweitzer recht hätte — steht also ununterbrochen unter der Einwirkung von Radioaktivität, und eine jetzt zusätzlich auftretende könnte nur dann einen wahrnehmbaren Schaden ergeben, wenn sie anfangen würde, einen merklichen Bruchteil der vorhandenen (beispielsweise 25 % davon) zu erreichen. In Wahrheit würde sie aber auch dann noch keine Schädigung hervorheben, weil diejenigen Schäden, die durch Dauerwirkung schwacher Radioaktivität entstehen könnten, bereits in viel größerem Maße auf

Grund anderer Ursachen gegeben sind. Radioaktivität könnte a) Krebs erzeugen, b) Erbschäden (Mutationen) bewirken. Zu a) ist zu sagen, daß anderweitige Krebserzeugung — z. B. durch die erst nach langer Zeit in ihrer Gefährlichkeit erkannten Farbstoffe für Obst oder Butter usw. — zumindest tausendmal größere Bedeutung hat. Zu b) ist zu sagen, daß bei allen Organismen ständig in einer gewissen, statistisch erfaßbaren Häufigkeit Mutationen vorkommen, und zwar viel häufiger, als sie durch die natürliche, unvermeidbare Radioaktivität unserer Umgebung erzeugt werden. Deshalb wäre eine künstliche Erhöhung der Radioaktivität sogar dann noch unschädlich, wenn sie diese unvermeidbare „Umgebungsstrahlung“ weit übertreffen sollte.

In der Tat sind ja die berühmtesten Heilbäder gerade deswegen Heilbäder, weil sie radioaktive Quellen (und radioaktive Luft) haben. Wäre Schweitzers Behauptung zutreffend, so müßten die Kranken dort Schädigung statt Heilung finden, und die dortigen Einwohner müßten längst infolge von Erbschädigung ausgestorben sein.

Wie steht es in Wirklichkeit? Der hervorragende amerikanische Physiker Libby hat dazu ermittelt: Wäre die gesamte bisher durch Bomben erzeugte Radioaktivität schon gleichmäßig über die Erde verbreitet (solange sie stellenweise noch in Schwaden zusammen ist, kann sie natürlich örtlich stärker sein), so würde jeder von uns dadurch so viel zusätzliche Radioaktivität empfangen, daß man sagen müßte: Der Träger einer Armbanduhr mit Leuchtziffern nimmt vierzigmal so viel Radioaktivität freiwillig auf sich. (Und noch nie hat jemand zu behaupten gewagt, daß eine solche Uhr gefährlich werden könnte.).

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen (die Fülle des Unsinn, der über Radioaktivität zusammenge-redet wurde, ist sowieso unerschöpflich), dürfen wir aussprechen, daß bei genauer sachlicher Nachprüfung genau Nichts übrigbleibt von allen Behauptungen, welche eine Menschheitsgefährdung durch Bomben-Versuche nachweisen möchten. Daß es gelegentlich auch Unfälle gegeben hat, ist beklagenswert. Aber daraus flammende Anklagen, Proteste usw. abzuleiten, hat niemand ein Recht, der nicht zuvor einmal mit entsprechend größerem Ernst auf die viel gewichtigere Tatsache eingegangen ist, daß wir allein in der kleinen Bundesrepublik in einem einzigen Jahre 13 000 Verkehrstote hatten. Ein diesbezügliches Manifest von Prominenten vermissen wir bislang noch.

Es liegt also die wirkliche Gefahr nicht in Versuchs-Explosionen, sondern ausschließlich in der Möglichkeit eines heißen Atomkriegs. Was kann geschehen zur Verminderung dieser in der Tat entsetzlichen Gefahr? Es ist nicht nur sachlich verwirrend, sondern auch unehrlich, wenn zur Vertretung bestimmter Ratschläge, die angeblich die Gefahr vermindern sollen, eine eindrucksvolle Ausmalung einer Atomkatastrophe zu Hilfe genommen wird. Denn darüber sind wir uns ja einig, daß wir die Gefahr nach bester Möglichkeit vermeiden wollen; und wenn der Verfasser dieser Zeilen sowohl das Göttinger Manifest, als auch den Appell Schweitzers als schwere Fehler bewertet, so tut er das gerade deshalb, weil sie nach seiner sachlichen Überzeugung die Gefahr des Atomkrieges nicht vermindert, sondern im Gegenteil vergrößert haben. Wer heute für ein Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO eintritt, der tut das deshalb, weil er in Übereinstimmung mit den Urhebern des Manifestes eine Bewahrung Deutschlands vor einer Atomkatastrophe wünscht, aber im Gegensatz zu ihnen den im Manifest ausgesprochenen Rat für einen verderblichen, zur Vergrößerung der Gefahr geeigneten Rat hält.

Das gilt auch für die durch das Manifest verbreitete Behauptung, es gäbe keinen Bevölkerungsschutz gegen Atombomben. Wir würden eine ungeheure, von keinem Menschen zu tragende Verantwortung übernehmen, wenn wir der Öffentlichkeit weiterhin verschweigen wollten, daß gegen Atomangriffe Schutz möglich ist — kein hundertprozentiger Schutz, aber äußerst wirksamer Schutz. Verschweigen wir dies, so werden im Falle einer Katastrophe — deren Vermeidung uns ja niemand hundertprozentig garantieren kann — viele Millionen sterben müssen, die andernfalls zu retten gewesen wären. Wollen wir wirklich eine so ungeheuerliche Verantwortung auf uns nehmen? Wollen wir unsere Bevölkerung bestärken in der unwahren Meinung, es gäbe keinen wirksamen Schutz?

Die Erfahrungen von Hiroshima haben in tausend Einzelheiten gezeigt: Wäre die Bevölkerung im Augenblick der Explosion in den Bunkern gewesen, so wäre nur ein kleiner Teil der damals eingetretenen furchtbaren Verluste zustande gekommen. Schon die kümmerlichen, elenden, behelfsmäßigen Luftschutzmittel damaliger Zeit hätten vielen Tausenden eine Rettung bedeuten können. Wir erinnern uns ja — das ist menschlich verständlich — nur ungern an die scheußlichen Erfahrungen des zweiten Weltkrieges, und es besteht daher bei unserer Bevölkerung eine starke psychologische Abneigung gegen das Thema des Schutzes gegen das Thema des Schutzes gegen Atomangriffe. Verantwortungsbewußt handeln, heißt heute in allererster Linie: Beitragen zur Überwindung, zum Abbau dieser psychologischen Hemmungen. Und das Mittel heißt dazu: Die Wahrheit bekanntmachen.

Hohe Anerkennung verdient deshalb der moralische Mut jener drei Unterzeichner des Manifestes (Haxel, Maier-Leibniz, Riezler), welche den einen der beiden gefährlichen Sätze des Manifestes öffentlich richtig gestellt haben durch die gegenteilige Versicherung: Es gibt Atomschutz! In Schweden hat man inzwischen schon große, vorbildliche Anlagen geschaffen, die in einer Katastrophenzeit Schutz gewähren können. In den USA ist ein Plan zur Erörterung gestellt worden, der für alle großen Städte einen starken Schutz schaffen soll. Die dazu erforderlichen Aufwendungen würden allerdings etwa eineinhalb mal soviel Kosten ergeben, wie die ganzen bisherigen Ausgaben für die amerikanische Atomkern-Technik (oder achtmal so viel, wie jetzt alljährlich laufend für die Fortentwicklung der Atomtechnik drüben ausgegeben wird). In England hat man sich bekanntlich entschlossen, die großen Ausgaben für passiven Bevölkerungsschutz zu vermeiden und statt dessen alle Kräfte zu konzentrieren auf eine jeden Angreifer abschreckende eigene Atomwaffen-Herstellung — ein Vorbild, dem wir jedoch gewiß nicht folgen können und wollen; unser Weg muß vielmehr demjenigen Schwedens ähnlicher sein.

Die explosionsartige Wirkung des Göttinger Manifestes wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht schon vorher unsere Öffentlichkeit das Objekt einer fortlaufenden psychologischen Einwirkung gewesen wäre, durch welche allmählich eine panikartige Stimmung erzeugt wurde. Viele Wissenschaftler, von ehrlichen, ersten Besorgnissen bedrückt, haben ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt einseitig in solcher Weise aufgefaßt, daß es ihre vornehmste Pflicht wäre, durch immer neue Warnungen — ein förmlicher Wettlauf sich überbietender Warnungen vor rein hypothetischen, vermuteten oder geradezu „unbekannten“ Gefahren hat sich entwickelt — die Nerven der Mitmenschen in Aufregung zu setzen, um sich selber ein gewissensmäßiges Alibi zu verschaffen. Vergessen wurde darüber die bestimmt nicht weniger

ernste Pflicht, vor falschen Warnungen zu warnen, und die in der Öffentlichkeit erzeugten unsinnigen Vorstellungen durch wahrheitsgemäße Aufklärung auf das richtige Maß zurückzuführen. Jeder Wissenschaftler weiß z. B., daß die populäre Meinung, das schlechte Wetter käme von den Atombomben, völlig abwegig ist. Aber autoritative Richtigstellungen dieses Unsinnns haben wir leider nicht erlebt.

Die menschlichen Hintergründe dieses zweifellos fehlerhaften Verhaltens sind nicht schwer zu verstehen. Die Gefahren unserer Gegenwart sind zweifellos wirklich sehr ernst und groß. Es gibt im Grunde nur zwei Typen menschlicher Haltung, die dazu befähigen, diesen entsetzlichen Gefahren innerlich standzuhalten, ohne in Illusionen und beschönigende Wunschträume zu flüchten. Ein überzeugter Kommunist kann die Probleme möglicher Atomkriege kühl durchdenken, weil für ihn das Sterben von Millionen belanglos ist, sofern sein Ziel, die Weltrevolution, dabei erreicht wird. Ein gläubiger Christ vermag den Schrecken dieser Zeit standzuhalten, weil für ihn auch schwerstes Unglück eine von Gott uns auferlegte Prüfung ist. Aber die Generationen der heute lebenden prominenten Physiker sind (bis auf Ausnahmen) irreligiöse Menschen — zwar nicht dem aggressiven, kämpferischen Atheismus des Ostens zugeneigt, aber christlichen, kirchlichen Glauben „selbstverständlich“ als etwas Veraltetes, Überholtes ablehnend; noch unberührt vom Zuge jener beginnenden Rechristianisierung Europas, welche das große Thema heutiger geistig-seelischer Entwicklung ist.

Die Grundlage, auf der sie ihr Leben aufgebaut haben, war der Glaube an den Fortschritt — und an die nahtlose Verbindung des Fortschritts der Menschheit mit dem Fortschritt der Wissenschaft. Wer sich vor einigen Jahrzehnten bewußt zurück zog aus allen Streitigkeiten der politischen Welt, um in der Zurückgezogenheit physikalischen Forschens seine Lebensaufgabe zu suchen, der begann damals sein Studium in der Überzeugung, daß wissenschaftliche Erkenntnis unter allen Umständen nur Gutes für die Menschheit bringen könnte — daß der Forscher durch seine Forschungsarbeit der ethisch Gerechtfertigte, der nur zum Guten Wirkende sei. So bedeutet es einen inneren, seelischen Zusammenbruch von unerhörter Wucht, daß auf einmal alles anders gekommen war — daß die Physiker, wie Oppenheimer es ausgedrückt hat, „die Sünde kennengelernt“ haben, weil ihre Entdeckungen, statt unproblematisch Gutes zu bringen, furchtbarste Gefahren heraufbeschworen haben.

Während die gesamte Menschheit heute von der Angst vor möglichen Katastrophen bedrückt wird, sind die Wissenschaftler noch außerdem bedrückt von der Gewissenssorge, ob sie nicht selber Schuld daran tragen; und sie suchen verzweifelt nach Möglichkeiten, die Gefahr zu beseitigen und damit die Schuld auszugleichen. Das ist sicher eine menschlich ergreifende Situation — die einem großen Dramatiker Stoff bieten könnte. Aber es ist auch verständlich, daß die — von braven Deutschen oft als höhere Wesen angestaunten — Atomphysiker dieser Situation in echter menschlicher Hilflosigkeit gegenüberstehen.

Für menschliche Kraft gibt es diesen Gefahren gegenüber keinerlei anderen Weg, als denjenigen, der in jeder Gefahr geboten ist: Besonnenheit und sachliches Handeln nach nüchterner Überlegung. Gefühlsüberschwang und heroische ethische „Beispiele“ helfen uns ebensowenig, wie das von von Weizsäcker angekündigte Wunder eines durch Waffenlosigkeit geschützten Staates.

Daß die Abrüstungsverhandlungen zu einer Verminderung unserer jetzt allzu groß gewordenen Sorgen führen mögen, das ist unsere gemeinsame Hoffnung. Aber um zu ihrem Erfolg beitragen zu können, müssen wir auch wissen, um was sich die Verhandlung dreht, und warum seit zehn Jahren noch kein Erfolg damit erzielt wurde. Der Westen hat seit einem Jahrzehnt immer wieder eine beiderseitige Atomabrüstung vorgeschlagen — und die Antwort lautete immer wieder „Njet“. Die Sowjetpolitik hat statt dessen auf eine einseitige Abrüstung nur des Westens hingearbeitet: Sie hat nämlich ein „Atomverbot“ gefordert, dessen Innehaltung aber ausdrücklich nicht kontrolliert werden soll. Wer Kontrolle scheut, zeigt, daß er etwas verbergen will — die sowjetische Forderung, von Ahnungslosen im Westen seit Jahren freudig unterstützt, zielt auf eine Abrüstung des Westens bei Aufrechterhaltung fast unbegrenzter Handlungsfreiheit im Innern der Sowjetunion.

Darum also geht das diplomatische Ringen in London — zweiseitige, gleichmäßige, wechselseitig kontrollierte Abrüstung will die eine Seite; Abrüstung nur des Westens und Aufstieg der Sowjetunion zum Alleinbesitz weltbeherrschender Waffen, das ist der Wunsch der anderen Seite. Wer jetzt den Verhandlungsführern der westlichen Welt — aus Absicht oder aus Torheit — in den Rücken fällt, der stärkt die sowjetische Verhandlungsposition; der trägt dazu bei, daß das Zustandekommen zweiseitiger Abrüstung verhindert wird. Denn die Voraussetzung für zweiseitige Abrüstung ist die Vermeidung vorheriger einseitiger Abrüstung.

Dies ist die geschichtliche Lage des Augenblicks. Die von inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedrängten Sowjets sind seit zehn Jahren jetzt erstmalig zu einigen Zugeständnissen bereit — da nun auch England zur Atommacht geworden ist, sinkt ihre Hoffnung, den Westen bald überrunden zu können. Sogar betreffs Kontrolle sind beginnende Zugeständnisse zu verzeichnen.

In diesem Augenblick die harte Auseinandersetzung dadurch zu beeinflussen, daß die Rührseligkeit des deutschen Volkes den Sowjets Hoffnungen auf ein Auseinanderbrechen der NATO macht — das ist wirklich das Unglücklichste und Unverantwortlichste, was geschehen kann.

Auf den Staatsmännern, die heute die Gesetze der Völker bestimmen, ruht eine beispiellose Verantwortung. Darum rufen wir die Christenheit zur Fürbitte für die Regierenden in allen Völkern auf, vor allem aber für die, die in unserem Volk, in der Regierung, im Parlament und in den Parteien die Verantwortung tragen. Es ist ein Verstoß gegen diese Verantwortung, wenn die Atomfrage in die Taktik des Wahlkampfes einbezogen wird. Die atomare Bedrohung ist kein deutscher Wahlschlager. Wir sitzen alle im selben Schiff! Die Christen sollen gemeinsam Gott bitten, daß er selbst die Gewissen schärft und daß er uns den Weg zeigt. Angesichts der tödlichen Bedrohung rufen wir die Christen auf: Helft, daß sich unter den Völkern der Geist des Friedens und der gemeinsamen Verantwortung ausbreite! Werdet nicht müde, Gott zu bitten: „Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott zu unseren Zeiten.“

Aus der Entschließung der Lutherischen Generalsynode in Hamburg

ZUM THEMA: „GLEITENDE ARBEITSWOCHE“

Von Klaus von Bismarck

Einige polemische Äußerungen in der Öffentlichkeit ließen es in der Tat so erscheinen, als gäbe es bei dem aktuellen Lärm um die gleitende Arbeitswoche nur zwei klare Positionen. Beide trachten — so scheint es — mit Entschlossenheit, den einen bösen Feind abzuwehren. Der böse Feind, das wären dann einmal die vom Materialismus beseelten Feinde der Christenheit, und zum andern die engstirnigen und wirtschaftsfremden Repräsentanten der Kirche, die kirchlich und politisch aus einer sachlichen Auseinandersetzung Kapital schlagen möchten.

Wer sorgsam Klarheit gewinnen will, um was es bei diesem komplexen Problem geht und wie die eigentlichen Fronten verlaufen, muß sich die Mühe einer eingehenden Information machen, als sie durch diesen Beitrag vermittelt werden kann. Die im März 1957 erschienene Denkschrift des Sozialethischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland („Die gleitende Arbeitswoche“) und die von der Evangelischen Kirche von Westfalen herausgegebene Information („Die gleitende Arbeitswoche und die Sonntagsheiligung“, erschienen am 8. März 1957 im kirchlichen Amtsblatt) geben jedem, der eine gründliche Einführung in die Sachfrage und eine Unterrichtung über die Haltung der Evangelischen Kirche wünscht, ausreichenden Aufschluß. Die Entschließung der westfälischen Landessynode wertete Erarbeitungen der rheinischen Kirche aus und wurde bald darauf wörtlich von der Sozialkammer und dem Rat der EKD übernommen. Deshalb können die rheinischen und westfälischen Unterlagen für den Bereich der gesamten evangelischen Kirche gelten.

Was ist in evangelischer Sicht bei einer zusammenfassenden Darstellung der Sachfrage herauszustellen? Zunächst muß fairerweise darauf hingewiesen werden, daß bei den verschiedenen Verhandlungen, die in diesem Jahr zwischen den Tarifpartnern der Eisen- und Stahlindustrie einerseits und Repräsentanten beider Kirchen andererseits geführt wurden, sich nicht zwei Fronten gegenüber standen, von denen die eine nur mit wirtschaftlichen Argumenten, die andere nur mit solchen christlicher Lehre und Sozialethik focht. Es ging vielmehr beiderseits auch um die sachliche und redliche Bemühung, technische und wirtschaftliche Notwendigkeiten zu prüfen und der sich gefährlich ausweitenden Sonntagsarbeit eine Grenze zu setzen. — Aber bei aller Würdigung des guten Willens der Tarifpartner bei den Verhandlungen und der Sachkenntnis der kirchlichen Ratgeber gehört zur Darstellung der Sache doch schon zu Beginn die erste Frage, ob nicht beim Trend zur gleitenden Arbeitswoche Kräfte wirksam sind, die man nicht mehr mit ein wenig gutem Willen und Sachkenntnis, sondern nur mit einer klaren Frontstellung meistern kann. Es ist zu fragen, ob wir nicht, ohne es recht zu merken, bereits in der Versuchung stehen, Sklaven eines abstrakten Fortschritts der Produktion zu werden, der unter der Hand unser gesamtes menschliches Wertsystem pervertiert. Die Verhandlungen um die gleitende Arbeitswoche haben auch erkennen lassen, daß eigengesetzliche Kräfte der Wirtschaft, des Kapitals und der Technik die Gewalt haben können, für den Menschen verhängnisvolle Entwicklungen fälschlich als so unausweichlich erscheinen zu lassen, daß das menschliche Gewissen erlahmt und zuletzt überrollt wird. Eine aktuelle Sachfrage wurde dadurch ausgelöst, daß am 21. Dezember 1956 die Tarifpartner der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen einen Vertrag abschlossen. Er sah die gleitende

Arbeitswoche — bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden — in bestimmten Produktionszweigen vor, in den Siemens-Martin-Stahlwerken, den Elektro-Stahlwerken und den mit diesen in Verbund arbeitenden Blockstraßen. In den bereits erwähnten Verlautbarungen der rheinischen und westfälischen Kirche wird eingehend dargestellt, warum und in welcher Weise das vorausgegangene Experiment des Hüttenwerkes Oberhausen bei der Debatte um diesen Tarifvertrag eine so wichtige Rolle spielt. Das Beispiel Oberhausen erwies nämlich klar, daß die neue Regelung jedenfalls für die betroffenen Stahl-Arbeiter, d. h. für die, die bisher ohnehin häufig sonntags arbeiten mußten, eine Verbesserung war. Diese gewannen einige freie Sonntage hinzu. Ihr Gesundheitszustand hob sich merklich. In Oberhausen ließ sich für diese Wärme-Betriebe vermutlich keine bessere Lösung finden. Die Werkleitung hatte sich bemüht, die menschlichen Auswirkungen der neuen Regelung zu erhellen und ihnen Rechnung zu tragen, nachdem man sich aus „zwingenden technischen Gründen“ — so hieß es — zu dieser Rationalisierungsmaßnahme entschloß.

Das Problem einer gleitenden Arbeitswoche wäre keine erregende große Sache, das wird am Beispiel Oberhausen deutlich, wenn man nur die unleugbare Verbesserung im Raum der Arbeit ins Auge faßt, die unausweichlich sonntags geleistet werden muß. Die zweifelnde Frage nach der Unausweichlichkeit zielt auf den Kern des Problems.

Hat es aber nicht unausweichliche Sonntagsarbeit schon immer gegeben? Gewiß, aber der Sonntag blieb ein herausgehobener Tag. Mit der zunehmenden Industrialisierung gingen wohl immer weitere Betriebe zur kontinuierlichen Produktion über: Versorgungs-, Nachrichten-, Verkehrs-, Gaststätten- und Gesundheitsbetriebe und mit ihnen viele Zuliefer-Betriebe. Aber der Sonntag blieb noch ein herausgehobener Tag, der einen gewissen Einschnitt darstellte. Bei der gleitenden Arbeitswoche jedoch wird der Sonntag wie jeder Wochentag behandelt. Pausen- und einschnittslos rollt die Produktion und ebenso die freie Zeit für den einzelnen, der nur noch mit dem Terminkalender feststellen kann, wann er „Feiertag“ hat.

Was aber veranlaßte nun die Tarifpartner der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen, die kontinuierliche Arbeitsweise einzuführen, von der in den erwähnten Betrieben etwa 18 000 Belegschaftsmitglieder betroffen sind? Die technischen und wirtschaftlichen Beweggründe wurden im einzelnen vom Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie dargestellt. Sie sind in der Verlautbarung der westfälischen Kirche wiedergegeben. Diese nimmt zu diesen Gründen wie folgt Stellung: „So einleuchtend die technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte dieser Stellungnahme sein mögen, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie aufs Ganze einen gefährlichen Trend hat. Wirtschaftliche Vorteile und die technische Möglichkeit, zur Sonntagsarbeit überzugehen, können nicht als zureichende Begründung für die Sonntagsarbeit anerkannt werden. Mit diesen Argumenten wird auch in anderen Wirtschaftszweigen die Einführung der kontinuierlichen Arbeitsweise angestrebt. Die Gewerbeordnung hat den Grundsatz aufgestellt, daß Sonntagsarbeit nur dort erlaubt werden kann, wo sie fertigungstechnisch notwendig ist. An diesem Grundsatz wird man festhalten müssen, wenn nicht der Sonntag ganz und gar zum Arbeitstag gemacht werden soll.“

weisen, daß die gesetzlichen Vorschriften über Sonntagsruhe nach Meinung vieler Fachleute nicht mehr den technischen und betriebsorganisatorischen Gegebenheiten entsprechen. Es sind deshalb Bemühungen zu einer Reform der Vorschriften über die Sonntagsarbeit im Gange. Die Evangelische Kirche ist an dieser Reform äußerst interessiert, weil sie die Gefahr sieht, daß die Entwicklung der Technik nicht zu einer Entlastung des Sonntags, sondern zu einer Vermehrung der Sonntagsarbeit führt.

Bei Erwähnung der Gewerbeordnung ist darauf hinzuweisen. Die erwähnten Verlautbarungen der Kirchen begründen im einzelnen, warum auch die Formulierung „um des Menschen willen“, die in der Auseinandersetzung auch zugunsten der gleitenden Arbeitswoche häufig gebraucht wurde, recht problematisch sein kann. Die Frage nach dem Wesen des Menschen stellte sich unüberhörbar bei diesen Auseinandersetzungen und fordert eine christliche Antwort heraus.

Die Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen vom Oktober 1956 gibt zusammenfassend die Antwort auf die Sach- und Grundsatzfrage, die bei Zugrundelegung des christlichen Menschenbildes gegeben werden muß. Die fast einmütige Zustimmung der Synode erwies deutlich, daß man hier zunächst von einer aktuellen Bedrohung des Menschen in der industriellen Arbeitswelt und nicht von dem theologisch recht umstrittenen Feiertagsgebot ausging. Die Stellungnahme der Synode lautete wörtlich:

„Die Landessynode hat Anlaß, dagegen Stellung zu nehmen, daß die allgemeine Sonntagsruhe durch ein über alle Wochentage gleitendes System von wechselnden Ruhetagen ersetzt wird. Diese Lösung wird jetzt häufiger im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung erwogen. Die Landessynode widersetzt sich nicht der Notwendigkeit einer Produktivitätssteigerung. Sie erkennt die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitenden an. Wenn die Synode aber mit allem Ernst und Nachdruck vor einer weiteren Entleerung des Sonntags warnt, so läßt sie sich von folgenden Erwägungen leiten:

1. Die gleitende Arbeitswoche zerstört die christliche Sonntagsfeier und macht die Heiligung des Feiertages, wie sie durch Gottes Wort geboten ist, praktisch unmöglich. Der Sonntag ist der Tag der Gemeinde Jesu Christi. Er ist für die Ruhe, die Sammlung der Familie und gemeinsame Erholung unentbehrlich.
2. Der Ersatz des Sonntags durch ein gleitendes System von arbeitsfreien Tagen zerstört nicht nur die Familie, sondern auch das Leben der Gesamtheit. Wenn die Glieder einer Familie getrennt voneinander ihren arbeitsfreien Tag haben, gerät der einzelne in eine gefährliche Isolierung.
3. Das Gebot der Feiertagsheiligung ist nicht starr. Es entspringt der Barmherzigkeit Gottes und muß in der Liebe zu Gott und dem Nächsten verwirklicht werden. Die Kirche wendet sich darum nicht gegen Arbeiten, die im Interesse der öffentlichen Versorgung und der Erholung geleistet werden müssen.
4. Für die Genehmigung der Sonntagsarbeit kann der wirtschaftliche oder technische Nutzen des einzelnen Betriebes nicht als hinreichende Begründung angesehen werden. Auch der Vorteil, den eine verkürzte Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn für die Arbeitnehmer mit sich bringt,

darf allein nicht ausschlaggebend sein. Nur ein überzeugendes allgemeines Interesse kann Ausnahmegewilligungen für Sonntagsarbeiten legitimieren.

5. Die Synode verschließt sich nicht dem Argument, daß dort, wo bisher regelmäßig an Sonntagen gearbeitet werden mußte, die Einführung einer gleitenden Arbeitswoche u. U. vorteilhaft für die Sonntagsruhe sein kann. Entscheidend für die Beurteilung wird sein müssen, ob durch diese Regelung der Sonntag besser als bisher geheiligt werden kann.
6. Die Synode spricht sich in jedem Falle für eine noch sorgfältigere Prüfung von Ausnahmegewilligungen für Sonntagsarbeit aus. Die Zahl der von Ausnahmegewilligungen Betroffenen muß so klein gehalten werden, daß der 7-Tage-Rhythmus und die gemeinsame Sonntagsruhe der Familie im Volksganzen keine fühlbare Einbuße erleidet.“

Im Februar 1957 fand eine Absprache zwischen Vertretern der Evangelischen Sozialarbeit in Rheinland-Westfalen und der Katholischen Sozialarbeit statt, bei der gemeinsame Gesichtspunkte zur Frage der Sonntagsarbeit erarbeitet wurden. Obwohl eine vorausgegangene Erklärung der katholischen Bischöfe sich jedenfalls in der Akzentsetzung deutlich von den evangelischen Stellungnahmen unterschied, ergab sich bei dieser Absprache in Nordrhein-Westfalen weitgehende Übereinstimmung. Von den evangelischen Vertretern wurden dabei folgende Vorschläge vorgebracht:

- „1. Es ist der Zeitpunkt gekommen, das Ausmaß der Sonntagsarbeit nicht nur in einem Industriezweig, sondern im gesamten Wirtschaftsleben zu überprüfen.
2. Die Bundesregierung sollte unverzüglich eine Untersuchung über das gegenwärtige Ausmaß und die Möglichkeiten der Einschränkung der Sonntagsarbeit im gesamten Bundesgebiet veranlassen.
3. Eine Neuregelung der gesamten Gesetzesmaterie erscheint notwendig, um Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu schaffen. Die Zuständigkeitsfrage sollte klar geregelt, die Verwaltungs- und Exekutivorgane dabei nicht überfordert werden. — Wegen der Verflechtung des gesamten Wirtschaftslebens sollte dann auch eine entsprechende internationale Konvention angestrebt werden.
4. Bis dahin notwendig erscheinende interemistische Lösungen sollten nur unter klarer Beobachtung der gegebenen Rechtslage und folgender Voraussetzungen erfolgen:
 - a) daß die Betriebsabteilungen und die Arbeiten, die sonntags verrichtet werden dürfen, im einzelnen bezeichnet und die Bedingungen festgelegt werden, unter denen dieselben verrichtet werden dürfen;
 - b) daß eine klare zeitliche Begrenzung erfolgt;
 - c) daß die technischen Maßnahmen bestimmt und auferlegt werden, die notwendig sind, um die kontinuierliche Arbeitsweise wieder entbehrlich zu machen.“

Diese über die Erklärung der westfälischen Synode hinausgehende Absprache macht es ganz deutlich, daß es nicht nur um den schmalen Frontabschnitt der Auseinandersetzung um die Einführung der gleitenden

Arbeitswoche für die Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen geht. Wie sich auch immer der Frontverlauf der innerkirchlichen theologischen Debatte um die mehr oder weniger elastische Auslegung des Gebots der Feiertagsheiligung abzeichnet oder verschiebt, so wird sich die Kirche technischen und wirtschaftlichen Argumenten nicht einfach verschließen können. Ihr Auftrag ist es aber, auch dort, wo sich Sonntagsarbeit nicht vermeiden läßt, dem Staat und den Tarifpartnern zu sagen, daß sich der

zähe Einsatz christlicher Verantwortung für die Innehaltung der Sonntagsheiligung wenn nicht auf eine starre Gesetzlichkeit, so gewiß auf die uns von Gott gebotene Liebe zu den Menschen gründet. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung ist nicht zunächst eine Sache offizieller kirchlicher Delegationen, sondern eines jeden evangelischen Christen. Die Front im Gefecht um einen menschlichen Rhythmus der industriellen Arbeitswelt verläuft quer durch die gesamte Gesellschaft.

UNS WIRD GESCHRIEBEN:

IST LITERATUR VERFASSUNGSWIDRIG?

Die erhöhte juristische und journalistische Aktivität der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ hat in der letzten Zeit zu lebhaften Diskussionen geführt. Die Frage „Ist Sauberkeit verfassungswidrig“, vom „Sonntagsblatt“ gestellt, wurde von Innenminister Schröder in der Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ aufgenommen und beantwortet: der Wesensinhalt unserer demokratischen Grundordnung, die Freiheit, entbinde nicht von den Pflichten gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen, Anstand und Moral . . .

Diese präzise Formulierung zeigt die Schwierigkeiten auf, die den Kern der Frage bilden. Bei der Annahme des Gesetzes über jugendgefährdende Schriften haben nämlich ihre Verfechter immer wieder betont, daß die Bestimmungen nur gegen „Schmutz und Schund“ angewendet werden sollen.

Und tatsächlich hat die Bundesprüfstelle in allen Fällen, in denen sie sich zu einer Verurteilung von Schriften entschloß, immer als entscheidende Begründung festgestellt: es liegt Schmutz oder Schund oder Pornographie vor — jedenfalls keine Literatur.

Nun ist aber die Frage, ob ein Buch literarisch ist oder nicht, keine hygienische Frage. Beispiele aus der Weltliteratur und aus der seriösen Unterhaltungsliteratur zeigen, zu welchen grotesken Resultaten Richtersprüche führen würden, wäre allein das Werturteil „Sauberkeit“ maßgebend. Graham Greene, Hemingway, Thomas Mann, Julien Green, Gerhart Hauptmann, André Gide — viele Nobelpreisträger wären über Prozesse wegen Verbreitung jugendgefährdender Schriften nicht mehr zum Arbeiten gekommen.

Konsequent hat daher die Bundesprüfstelle bei Werken, die sie zwar für jugendgefährdend, aber nicht für Schund hält, eine Indizierung abgelehnt. Damit hat sie aber selbst die ausschlaggebende Bedeutung der künstlerischen und literarischen Momente für eine Verurteilung oder für einen Freispruch anerkannt. Und hier, an diesem Punkt, liegt die Wurzel allen Übels und aller Schwierig-

keiten. Denn wer entscheidet, was Literatur ist oder nicht?

Das tut der Staat. Er tut es mit bestem Willen, aber mit schwachen Kräften. In der Prüfstelle sind die Organe des Staates immer mit einer sicheren Mehrheit ausgerüstet. Erregt die Verurteilung einer Schrift Widerspruch in der Öffentlichkeit, dann verweist man auf die nicht bestreitbare Tatsache, daß ja auch Vertreter der Kunst und Literatur in der Prüfstelle vertreten seien. . .

Nun wissen doch die führenden Männer unseres Staates und ihre moderne Beamtenschaft, die vom Typ „düsterer Finsterlinge“ wirklich weit entfernt sind, selbst ganz genau, daß der Staat zu allen Zeiten und in allen Ländern keine sehr glückliche Hand bei der Beurteilung von Kunst gehabt hat. Das liegt im Wesen des natürlichen Gegensatzes von Kunst und Staat.

Der Staat sorgt für Sauberkeit, die Künstler sorgen für Literatur.

Verbietet man den Künstlern, das Böse darzustellen, dann tötet man die Kunst ab. Am Ende der Entwicklung steht der Sieg von „Goldelse“ und dem „Förster vom Silberwald“. Natürlich sind nicht etwa nur diejenigen Romane Literatur, in denen die Schattenseiten der menschlichen Existenz dargestellt werden. Genauso wenig ist aber die Schutzmarke „Sauberkeit“ ein Warenzeichen, das Bücher als Literatur ausweist.

Die Labilität staatlicher Kunsteinsicht zeigt sich manchmal sehr kraß, nämlich im Unterschied zwischen den verschiedenen Maßstäben, die die verschiedenen Staaten der westlichen freien Welt anlegen.

Ein Buch und ein Autor, die in England, Amerika, Skandinavien literarische Anerkennung finden, können plötzlich in der Bundesrepublik als „jugendgefährdend“ erklärt werden. Damit nicht genug — die für die Veröffentlichung Verantwortlichen werden vor Gericht zitiert, wo sie versuchen müssen, staatliche Organe davon zu überzeugen, daß sich staatliche Organe bei der Einschätzung eines Werkes geirrt haben. Denn die Prüfstelle —

und das ist ihr eigentlicher Konstruktionsfehler — vereinigt in sich Ankläger, Richter und — Sachverständiger: Was Literatur ist — das bestimmen wir . . .

Es muß zu denken geben, daß die Ansichten über die Tätigkeit des Staates als Kunstrichter keineswegs parteipolitisch gebunden sind. Sozialdemokratische Jugenddezernenten können rot anlaufen wenn sie auch nur eine Illustrierte am Kiosk hängen sehen . . .

Und prominente CDU-Mitglieder wehren sich entschieden gegen die bisherige Praxis, daß auf Grund eines staatlichen Bannstrahlers Autoren und Verleger diffamiert und unter Umständen aufs schwerste geschädigt werden.

Begriffe wie Prüderie und Muckertum angewandt auf diejenigen, die in ehrlicher Besorgnis die Jugend schützen wollen, müssen als abgetan gelten. Aber die Gefahr, daß staatliche Organe bei der Beurteilung von Literatur irren, ist heute genauso groß wie sie es immer gewesen ist. Der Staat sollte daraus die Konsequenz ziehen und die Beurteilung durch solche Gremien vornehmen lassen, die mit größtmöglicher Sicherheit einen Trennungsstrich zwischen Kunst und Schund ziehen können.

Weil das ihr Beruf ist.

Paul Baumgarten.

Anmerkung der Redaktion: Um die hier geäußerten Befürchtungen des Chefredakteurs einer Illustrierten zu zerstreuen, dürfte es genügen, erneut auf die bisher von der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ indizierten Schriften zu verweisen. Unter ihnen befinden sich u. a. 142 Kriminalreißer, 18 Sittenromane, 56 Aktmagazine, 19 Zeitschriften für Homosexuelle, 4 Sexualreformschriften, 2 Illustrierte, 2 Pin-up-Kalender, 2 Akt-Kartenspiele und 39 sogenannte Comics. Diese Aufstellung gibt die beste Auskunft darüber, wie das „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ praktiziert wird.

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht

liefert in weltbekannter Güte

Herm. IRLE Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Deuz (Krs. Siegen i. W.)